

Antifaschistisches Pressearchiv und  
Bildungszentrum Berlin e.V.  
Falckensteinstraße 42 10997 Berlin  
Tel./Fax: 030 2061000  
Fax: 030 2061002  
E-Mail: 0610017787

72

Juli/Aug. '98  
13. Jahrgang  
DM 3,00

# Antifaz

## Zeitung gegen Rassismus, Faschismus und Imperialismus

### Titelthema:

Hintergründe zum Krieg in  
Kosova

### Weitere Themen:

### Antifa:

Zu Fragen der Antifabewegung  
(Teil 3)

Vorschlag einer Plattform des AFB

NPD plant Aufmarsch in Münster

### Internationales:

Kurdistan-Demonstration in  
Dortmund

Schulterschuß von Islamisten und  
"Linken" gegen Kopftuchverbot

Internationaler  
Freundschaftsverein



Kosova: Flüchtlinge auf dem Weg nach Albanien



**Inhalt**03 **Editorial****Berichte**

- 09 Solidarität mit dem albanischen Volk in Kosova - Demonstration in Recklinghausen  
 19 Für Frieden und Einigkeit Kurdistans - Großdemonstration in Dortmund  
 27 NPD-Faschisten planen Aufmarsch gegen Wehrmachtausstellung in Münster  
 28 Wehrmacht~ Vorbild der Bundeswehr (Teil V)  
 35 „Aufstehen für eine andere Politik“ - Großdemonstration in Berlin

**Analyse**

- 04 Einige Hintergründe zum Kosova-Krieg

**Stellungnahme/Kommentar**

- 14 Zu einigen Fragen der antifaschistischen Bewegung (Teil. III)  
 24 Denn sie wissen nicht, was sie tun (Politik mit Kopftuchverbot)

**Dokumentationen**

- 10 Kosova: Redebeitrag des Internationalen Freundschaftsvereins Recklinghausen  
 11 Kosova: Redebeitrag vom Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen (Udo Moerschen)

- 31 „Aufstehen für eine andere Politik“  
 32 Kurznachrichten

**Material**

- A Vorschlag für eine Plattform des Antifaschistischen Bundes (AFB)

**Eigentumsvorbehalt**

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Abonnements-Bedingungen**

**Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM**  
**Förder-Abonnement Jahr ab 30 DM**  
**Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2**

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5 cm	<6 cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5 cm	8-11 cm	60,-	7,7cm	24cm	150,
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150.

**AntifaZ**

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle zwei Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen Autorin verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P. W. Englisch

Oerweg 28  
 45657 Recklinghausen  
 Tel.:02361/26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum  
 Hemer Str. 43  
 45657 Recklinghausen  
 Tel-/Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung

montags, ab 20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto.

BLZ: 430 500 01  
 Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ  
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck: DVS Frankfurt/Main

**Redaktionsschluß für Nr. 73: 25.08.98**

## EDITORIAL

Die Entwicklung in **KOSOVA** ist das **Titelthema der vorliegenden Ausgabe** - wobei die Entwicklung dort mit Sicherheit schneller voranschreitet, als wir es mit unserer zweimonatig erscheinenden Zeitung erfassen können.

Der **Freiheitskampf des albanischen Volkes in Kosova** hat die Form des **bewaffneten Widerstandes** angenommen, ein Grund mehr, warum die Großmächte alle Hebel in Bewegung setzen, um eine **"friedliche"** Lösung zu erreichen. Das bedeutet insbesondere für die deutsche Regierung, erst einmal die Albaner aufzufordern, die Waffen niederzulegen, um "Verhandlungen" zu ermöglichen. Welch ein Zynismus, nachdem seit Beginn des Jahres das nationalistische Milosevic-Regime mit militärischem Terror gegen die Zivilbevölkerung, mit Vertreibung und Zerstörung von Dörfern begonnen hat.

Das "Kosovo-Problem" ist mehr als eine regionale Auseinandersetzung. Ähnlich wie in Kurdistan steht hier die Zukunft eines Volkes den unterschiedlichsten Interessen großer und kleiner Räuber im Wege, ähnlich wie in Kurdistan steht vor allem die demokratische und fortschrittliche Weltöffentlichkeit vor der grundlegenden Frage, ob sie bereit ist, für das **Selbstbestimmungsrecht eines Volkes** einzutreten oder nicht.

In der vorliegenden Ausgabe wird die Entwicklung auf dem Balkan und in Kosova analysiert und über Solidaritätsaktionen wie die **Demonstration des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV)** in Recklinghausen berichtet.

In der deutschen Öffentlichkeit hat die Entwicklung in Kosova bisher wenig Reaktionen hervorgerufen, die überwiegend von albanischen MigrantInnen organisierten Demonstrationen wurden nur von wenigen Deutschen unterstützt. Dabei verdient unsere besondere Anerkennung, dass vor allem die Flüchtlingsräte sich nachhaltig für das Selbstbestimmungsrecht des albanischen Volkes in Kosova einsetzen und gegen Abschiebungen dorthin protestieren.

Für viele, vermutlich die meisten, gab es in den vergangenen Wochen sowieso nur ein Thema, die **Fußballweltmeisterschaft**. Wir verzichten darauf, hierüber zu berichten, obwohl es einiges zu sagen gäbe zu den Auftritten gewalttätiger und rechtsextremer Fußball "fans", zum tiefen "nationalen Fall" der deutschen Mannschaft, zu "deutschen Tugenden" und zum gesellschaftlichen Zusammenhang von deutscher Konzernpolitik und Profifußball.

Wichtiger ist uns zur Zeit, die Diskussion **über Fragen und Perspektiven der Antifa-Bewegung** mit voranzubringen.

Unsere Organisation, der **Antifaschistische Bund (AFB)**, hat einen Vorschlag für eine neue Plattform entwickelt, der auf den **"Gelben Seiten"** abgedruckt ist. Alle LeserInnen unserer Zeitschrift sind aufgefordert, uns dazu Kritiken, Bemerkungen oder Stellungnahmen zuzusenden.

Wir setzen außerdem die Reihe **"Zu einigen Fragen der Antifa-Bewegung"** mit einem Beitrag zur **"Sozialen Demagogie der alten und neuen Nazis"** fort. Die Neo-Faschisten setzen in letzter Zeit zunehmend auf die "soziale Frage", Grund genug für alle AntifaschistInnen, sich stärker als bisher mit diesem Thema zu beschäftigen. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir den Faschisten auf diesem Gebiet nicht mit eigenen Konzepten entgegenträten. Völlig unverständlich ist uns in diesem Zusammenhang die Position einiger "anti-nationaler" Kräfte, die die soziale Frage für überholt halten, da die deutschen Arbeitnehmer sowieso nur für ihre nationalen Privilegien gegenüber ausländischen ArbeiterInnen kämpften.

Fortgesetzt wird auch die Serie über **Wehrmacht und Bundeswehr** von Klaus Dillmann, in dieser Ausgabe erscheint der fünfte und vorletzte Teil.

In der Rubrik **"Internationales"** setzt sich Fikret Aslan mit der **"Kopftuchfrage"** und dem verhängnisvollen Schulterschluss einiger türkischer linker Organisationen mit faschistischen und islamisch-fundamentalistischen Kräften auseinander.

Weiter berichten wir über ein **Vorbereitungstreffen in Münster** gegen den von der **NPD/JN** für den **19. September** geplanten Faschisten-Aufmarsch anlässlich der zu diesem Zeitpunkt dort gezeigten Ausstellung **"Verbrechen der Wehrmacht"**.

Alles weitere entnimmt dem Inhaltsverzeichnis, für heute allen LeserInnen, die zur Zeit den schönen Sommer in Deutschland genießen, herzliches Beileid - auch wir sind ein wenig genervt.

**Für die Redaktion**

WT

## Einige Hintergründe zum Kosova-Krieg

Der Kosova-Konflikt erweist sich mehr und mehr als der gordische Knoten der Auseinandersetzungen auf dem und um den Balkan. Im Zuge dieser Auseinandersetzung hat die NATO ihren Wirkungsbereich zunächst im Auftrag der UNO, inzwischen aber immer weniger davon abhängig, auf das Territorium der ehemaligen Föderativen Sozialistischen Republik (FSR) Jugoslawien ausgeweitet. Der Krieg dort gab ihr erneut Anlaß zu einer Ausweitung, nämlich auf das Gebiet der Republik Mazedonien, die sich inzwischen ebenfalls von dem verbliebenen Reststaat Bundesrepublik (BR) Jugoslawien getrennt hat.



### Die deutsche Präsenz auf dem Balkan

Dieser Krieg rückt heute ins Blickfeld der politischen Auseinandersetzung auch in Deutschland. Regierungskoalition und die sich auf einen Führungswechsel vorbereitende Opposition von SPD und Grünen sind sich dabei grundsätzlich einig, die Bundeswehr als Instrument in diesem Konflikt einzusetzen.

**Der von allen staatstragenden Kräften getragene Beschluß, die deutsche militärische Präsenz in Bosnien zu verlängern, macht dabei deutlich, daß der Militarismus innerhalb des Bundestages im Vormarsch ist.**

Dieser Militarismus liegt auf der Linie der erstmals im Stoltenberg-Papier 1991 offen formulierten und in der Aufgabenbestimmung durch Rühe konkretisierten heutigen Doktrin der Bundeswehr, deren Aufgabe darin bestehen soll, überall auf der Welt eine „gerechte Weltwirtschaftsordnung“ zu verteidigen, wo dies im „deutschen militärischen In-

teresse“ liegt.

Antimilitaristische Stellungnahmen wie die des grünen Abgeordneten **Trittin** gegen die feierlichen Rekrutengelöbnisse werden von dessen Fraktion nicht mehr gedeckt, stattdessen setzt sich der Kurs eines **Joschka Fischer**, der auf militärische Intervention gerichtet ist, bei den Grünen, die mit dieser Preisgabe von Positionen der Friedensbewegung ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen wollen, mehr und mehr durch.

Dieweil schlagen SPD-**Schröder** und Kriegsminister **Volker Rühe** bereits andere Töne an: Sie plädieren für ein **Ein greifen der NATO und damit auch der Bundeswehr in die inneren Verhältnisse der heutigen BR Jugoslawien auch ohne UNO-Legitimation**. Diese sei zwar, so Rühe, der „*Königsweg*“ (solch monarchistisches Vokabular zeigt, wie wenig er und seinesgleichen in demokratischen Bildern zu denken pflügen), aber notfalls müsse man bereit sein, auch ohne eine solche Legitimation Krieg zu führen.

Der deutsche Imperialismus hat es nicht einmal mehr nötig, sich sprachlich zu verstecken. Und zwar durchaus im Einvernehmen mit den USA, die ja seit längerem ein stärkeres „*humanitäres militärisches Engagement*“ „der Deutschen“ verlangen.

Natürlich soll auch ein Eingreifen in Kosova nicht etwa zugunsten einer der kriegführenden Parteien erfolgen, sondern „der Humanität“ dienen, so wie es offenbar auch „der Humanität“ gedient hat, wenn man sich beim Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk mit seinen Waffenlieferungen und seiner Asylverweigerungspolitik gegenüber kurdischen Flüchtlingen wie selbstverständlich auf die Seite des türkischen Staates gestellt hat, eine Position, die seit dem Offenkundigwerden der mafiösen Energien des türkischen Staates schwimmt, weil da ein tragfähiger Konsens unter den hierzulande Herrschenden nicht mehr auszumachen ist.

Daß der türkische Staat mit seiner Politik Flüchtlingsströme produziert hat, wurde ihm nie an-

gelastet, ja mit den deutschen Rüstungsexporten wurde eine solch ungeliebte Produktion sogar noch gefördert; daß der serbische Staat mit seiner Politik ebenfalls Flüchtlingsströme produziert, soll nun ein Kriegsgrund sein, wozu man sich legitimiert fühlt, weil angeblich die meisten Kosova-Flüchtlinge nach Deutschland kommen (was zwar nicht stimmt, aber - wie andere statistische Behauptungen, mit denen hierzulande Politik gemacht wird, auch - nicht wirklich überprüfbar ist). Ein solches Messen mit zweierlei Maß macht jedenfalls deutlich, daß in Wirklichkeit ganz andere Interessen als die, die man öffentlich vorschützt, verfolgt werden.

**Kosova und die serbische Geschichtsmithenbildung**

Die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan seit 1989 haben ihren Anfang in der Auseinandersetzung der Republik Serbien mit Kosova genommen. 1989 wurde von der Regierung unter **Slobodan Milosevic** kurzerhand die nach langen Kämpfen 1974 auf der Grundlage der Verfassung der FSR Jugoslawien zugestandene Autonomie von Kosova außer Kraft gesetzt.

Das Belgrader Regime (das im Zuge des Zusammenbruchs des Ostblocks eine wie auch immer geartete sozialistische Legitimation nicht mehr verwendete und in einer nationalistischen ihr Heil suchte) stützte sich dabei darauf, daß Kosova urserbisches Gebiet sei, weil 500 Jahre zuvor, im Jahre 1389, dort (die serbische Bezeichnung der Region als „Kosovo polje“ heißt zu deutsch „Amselfeld“) eine Entscheidungsschlacht zwischen Serbien und

dem Osmanischen Reich stattgefunden hatte, die mit der Vertreibung der Serben aus Kosova und dem Nachrücken von albanischer Bevölkerung, die den Islam übernommen hatte, in das entleerte Territorium geendet hatte.

Auch auf Seiten des damals besiegten serbischen Königreiches hatten Kontingente einer dort wohnhaften albanischen Bevölkerung gekämpft. Und unter der albanischen Bevölkerung von Kosova gibt es auch heute noch nicht nur Moslems.

Die vom Regime Milosevic betriebene und von der Hierarchie der **orthodoxen Kirche Serbiens** gestützte Propaganda, die solche „Kleinigkeiten“ großzügig wegwischt und Kosova zum urserbischen Gebiet erklärt, lief darauf hinaus, über 90 % der Bevölkerung in diesem ärmsten Gebiet der damals noch bestehenden FSR Jugoslawien für rechtlos zu erklären, weil ihre Vorväter sich damals auf die Seite des Osmanischen Reiches geschlagen und den Islam als Religion übernommen hätten. Im serbischen Feindbild erscheinen die Kosovaren oft einfach als „Türken“.

Mit einer solchen den serbischen Nationalismus zur neuen politischen Leitlinie erklärenden Begründung wurden die **Autonomie-Rechte der Kosovaren 1989 mit einem Putsch von oben außer Kraft gesetzt**, Albanisch als Amtssprache verboten, albanisch sprechende Staatsbedienstete entlassen und die albanische Universität von Pristina (der Hauptstadt von Kosova) geschlossen. Nur die unmittelbaren Vertreter der albanischen Regionalregierung ließ man äußerlich unangetastet.

Diese Rückgängigmachung der noch unter **Tito** von den Kosovaren hart errungenen Autonomie lief damals nicht ohne Kampf ab (erinnert sei hier etwa an den wochenlangen Hungerstreik von Bergleuten, die dabei unter Tage blieben).

Bei diesem Konflikt ging Serbien auch bewaffnet gegen die Bevölkerung vor, und zahlreiche Menschen wurden erschossen, er fand aber im übrigen Europa, dessen westliche Staaten sich infolge des immer deutlicher zu Tage tretenden Zusammenbruchs des Warschauer Paktes in einem kapitalistischen Siegesrausch befanden und den Sozialismus als endgültig der Vergangenheit angehörig feierten, kaum Beachtung.

**Zum Auseinanderbrechen Jugoslawiens**

Mit ihrem Putsch von oben versuchte damals die serbische Führung, innerhalb der SFR Jugoslawien für ihre eigensüchtigen politischen Ziele eine formale Mehrheit zusammenzuschustern. Das hat wesentlich dazu beigetragen, daß, ermutigt durch die Politik vor allem Deutschlands, eine Republik nach der anderen von ihr abfiel und sich nach einem kurzen Krieg zuerst Slowenien, dann - nach einem etwas längeren Krieg - Kroatien von der SFR Jugoslawien lossagte und schließlich ein heftiger Verteilungskrieg um das Territorium von **Bosnien und Herzegowina** begann.

In all diesen Kriegen flammten Gegensätze auf, die noch aus Zeiten des Zweiten Weltkrieges (in Kroatien unter der Führung des von Deutschland geförderten **Franjo Tudjman** etwa das Anknüpfen an Propaganda, die an den im Windschatten Hitler-

deutschland segelnden **Ustascha**-Staat erinnert, unter Serben das Wiederaufleben der Tradition der **Tschetniks**) und sogar von vor dem Ersten Weltkrieg (als die Habsburger Monarchie Kroatien und Bosnien-Herzegowina besetzt hielt und durch eine entsprechende Siedlungspolitik botmäßig zu machen getrachtet hatte) stammten.

Zur Unterstützung solcher Gegensätze kamen hochbezahlte Profis meist jugoslawischer Abstammung aus Ländern wie Australien, Kanada, USA und Deutschland ins Land, die als Söldner mit ihren modernen Waffen nicht so sehr Krieg gegeneinander führten, sondern Jagd auf die wehrlose Zivilbevölkerung machten. Wer sie bezahlte und bezahlt, ist bis heute weitgehend im dunkeln geblieben. Jedenfalls drückten sie dem Konflikt ihren eigenen Stempel auf. Es ist ein Stempel, wie man ihn aus den Söldnerkämpfen in Afrika hinfänglich kennt. Menschen, die die 50er Jahre bewußt erlebt haben, fühlen sich etwa an Filme wie „Africa addio“ von Jacopetti erinnert. Auch der Vietnamkrieg zunächst der französischen Kolonialarmee (die im wesentlichen aus Fremdenlegionären bestand und bei der ehemalige deutsche Wehrmachtssoldaten etwa die Hälfte ausmachten), später der US Army mit ihrem „Dschungelentlaubungs“-Feldzug haben hierfür Muster des „humanitären Kriegseinsatzes“ geliefert.

Dem so angeheizten Balkankrieg wurde natürlich eine „zeitgemäße“ ideologische Weihe gegeben. Plötzlich war von einem Selbstbestimmungsrecht von „Völkern“ die Rede, die ihre Identität lediglich aus unterschiedlicher

Religion und ehemaligem Verwickeltsein mit und Unterworfensein unter verschiedene Großmächte herleiteten. Es sind „Gründe“, die etwa auch zwischen Westfalen und Sachsen oder Preußen und Bayern ins Feld geführt werden könnten und die z.B. im 30jährigen Krieg 1618-1648 zur Zersplitterung Deutschlands und Reduzierung seiner Bevölkerung auf etwa ein Drittel beigetragen hatten, ohne daß hier heute noch jemand ernsthaft daraus ein unterschiedliches Nationsein ableiten würde.

Unter die Räder kamen damit alle in den jeweils beanspruchten Gebieten lebenden Minderheiten (z.B. **Sinti und Roma**) und Bevölkerungen, die aus Vermischungen zwischen den nunmehr in einen (der gemeinsamen Interessen aller dort lebenden Bevölkerungsgruppen entkleideten) Zustand von Fehde versetzten ethnischen Gruppen hervorgegangen waren.

#### Das Interesse von BRD und USA am Territorium Jugoslawiens

Nach der Theorie imperialistischer deutscher Vordenker etwa der FDP-„Liberalen“ (wie **Friedrich Naumann**) waren das alles Apfelsinenscheiben, deren bewußtes Gegeneinanderspielen einer dort eingreifenden Großmacht die Beherrschung des Territoriums erleichtern konnte. Das vereinigte Deutschland versuchte und versucht sich zunehmend massiver darin in Kooperation und Konkurrenz vor allem mit den USA.

Beide Staaten hatten in der Vergangenheit in Jugoslawien investiert, die USA bereits seit 1949, indem sie Kapital in jugo-

slawischen Unternehmen anlegten, um damit zugleich den damals sichtbar gewordenen Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion zu vertiefen, die BRD seit den frühen 60er Jahren, als sie in einer Hochkonjunktur Bedarf an Arbeitskräften auch aus Jugoslawien geltend machte und damit einen Arbeitskräfteüberschuß in den in Konkurrenz zueinander wirtschaftenden Betrieben der jugoslawischen Arbeiter-selbstverwaltung teilweise abmilderte.

Trotz heraufziehender neuer Ostpolitik der Regierung **Brandt** war die BRD damals im wesentlichen noch als Juniorpartner der USA tätig. Ihre Investitionen erschienen daher, solange sie nur als Wirtschaftsmacht, nicht aber irgendwo auch militärisch auftrat, als relativ uneigennützig, was sie jedoch - wie man inzwischen klar sehen kann - mitnichten waren und sind.

#### Der gordische Knoten Kosova und die UCK

Während die Medienöffentlichkeit vor allem auf die Konflikte um die neu entstandenen Staaten an der Dalmatischen Küste (in denen zuvor der Tourismus für einen gewissen Reichtum gesorgt hatte, den man nicht mehr in die jugoslawische Staatskasse zu stecken geneigt war) gerichtet war, schwelte der Konflikt um das „hinterwäldlerische“ Kosova weiter und steigerte sich Jahr für Jahr, ohne daß die Welt davon groß Notiz nahm. Es war eben ein Arme-Leute-Konflikt.

Die 1992 gegründete und heute kampfstark ins Blickfeld gerückte **UCK (Ushtria Clirintare e Kosoves = Kosova-Befreiungsarmee)** ist



Mitglieder der Befreiungsarmee von Kosova (UCK) in Aktion (Foto: AP)

in kleinere Scharmützel mit den serbischen Streitkräften bereits seit 1996 verstrickt. Ihre Vorgehensweise orientiert sich an dem Vorbild der **PKK-Guerilla**.

Die Maiausgabe 1998 der auch hier erhältlichen albanischen Monatszeitschrift **REPUBLIKA** titelt: „Kosova: Lote, gjak dhe istikame“ (Kosova: Auslösung <zum Militär>, Blut und Schützengräben). Solche Artikel werden auch in Deutschland als unmißverständliche Hilferufe zur Rettung der Heimat verstanden. Viele der bei uns lebenden jungen Kosovaren zieht es in ihre Heimat zurück, wo sie für ihr gefährdetes Volk aktiv werden wollen; die meisten von ihnen wollen sich der UCK anschließen und ihr Land mit der Waffe in der Hand verteidigen.

Heute ist die Front für alle Beteiligten klar: auf der einen Seite serbische Streitkräfte, auf der anderen albanische Bevölkerung, bei der die bewaffneten Kräfte

inzwischen deutlicher den Ton angeben; der lange Zeit von dem Präsidenten des ehemaligen Autonomen Gebietes Kosova, **Ibrahim Rugova**, vertretene Pazifismus wird praktisch von ihm selbst ad absurdum geführt, wenn er einerseits ein militärisches Eingreifen der NATO verlangt, andererseits die politische Führung über die UCK beansprucht.

Politisch ist noch nicht ausgemacht, in welche Richtung der Kurs der UCK führt. Ihr Handeln als Guerilla ist ein klarer Appell an ihre Landsleute, nicht auf Hilfe von außen zu vertrauen, sondern ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, da sie nur dann überhaupt politisches Gewicht haben. Als Gegenwehr gegen den serbischen Nationalismus ist die UCK im Recht.

Die Existenz dieser Guerilla macht nicht nur den serbischen Streitkräften zu schaffen, sondern ist auch den imperialistischen Mächten (wie etwa Deutsch-

land), die mit- und gegeneinander die Zukunft von Kosova aushandeln wollen, ohne den Willen der dortigen Bevölkerung zu berücksichtigen, ein Dorn im Auge. So stört sie insbesondere die Tatsache, daß der UCK aus Nachbarländern unkontrolliert Waffen geliefert werden können, was zu einer Ausweitung des Konfliktherdes führen kann. Zwei dieser Nachbarländer sind Albanien und Mazedonien, in dem es ebenfalls eine kompakte albanische Minderheit gibt.

Wenn der kosovarische Widerstand jedoch dem serbischen Nationalismus nur einen albanischen Nationalismus entgegensetzen kann, wie es etwa der in Deutschland im Exil lebende gewählte Schatten-Regierungschef **Bukoshi** tut, der den Haß auf Serben schlechthin auf seine Fahnen geschrieben hat und auch die albanische Bevölkerung in Mazedonien aufstacheln will, wird er damit bestehende Fronten weder unterlaufen noch aufweichen. Er bleibt politisch unbeweglich, und das kann für ihn angesichts der drückenden Übermacht des Feindes tödlich sein.

#### Die Haltung der Großmächte gegenüber Serbien

Auch wenn die öffentliche Meinung in Serbien gegenwärtig nationalistische Politiker nach oben schwemmt (die Konkurrenten von Milosevic im Ringen um die Regierungsmacht dort unterscheiden sich in diesem Punkt von

ihm nicht), ist davon auszugehen, daß auch das serbische Volk unter diesem Krieg leidet. Wie etwa das türkische Volk am Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk leidet. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, daß der Unwille von Soldaten und Polizisten, in Kosova eingesetzt zu werden, wächst. In Belgrad beispielsweise gingen mehrere hundert Mütter mit Transparenten auf die Straße, auf denen es hieß: „*Vratite nam nase sinove sa Kosova!*“ (= Gebt uns unsere Söhne aus dem Kosovo wieder!)

In der Asylpolitik Deutschlands allerdings wird die Verweigerung des Kriegsdienstes von serbischen Flüchtlingen für die serbische Armee bis heute nicht als Asylgrund anerkannt.

Das hat seinen Grund. Heute haben die Großmächte, die sich die Einflußzonen untereinander aufgeteilt haben (außer den Westmächten auch Rußland), darüber weitgehende Kontrolle, die sie stabilisieren wollen, auch um den Flüchtlingsstrom vom Balkan wieder dorthin zurückzulenken. In ihre Planspiele paßt keine Republik Kosova. Und auch eine mögliche NATO-Intervention von den heute als Manövergebieten benutzten Staaten Mazedonien und Albanien aus verfolgt nicht dieses Ziel.

Schon eher bedrohlich könnte den Großmächten ein von Serbien losgelöstes **Crna Gora** (Montenegro) erscheinen, das sich auf die Seite der Kosovaren stellt. Sein Territorium stellt jedenfalls ein mögliches Rückzugsgebiet für die UCK dar.

Im Unterschied zu Bosnien, wo die Stationierung von Bundeswehr-Einheiten noch im Bundestag verhandelt wird, ist bei der

Stationierung in Albanien das deutsche Parlament bis heute nicht gefragt worden. Dieses Unternehmen (das nach dem Vorbild US-amerikanischer Eingriffe wie etwa in Liberia ursprünglich mit dem Schutz deutscher Staatsbürger, die aus dem in Aufruhr befindlichen und sich gegen den Pyramidenspielspekulanten **Sali Berisha** und sein Regime erhebenden Albanien ausgeflogen werden sollten, begründet wurde) hatte Ruhe, ohne mit der Wimper zu zucken, klammheimlich auf die eigene Kappe genommen.

Sollen Bundeswehrosoldaten demnächst für Serbien direkt die Kastanien aus dem Feuer holen? Oder will man seinen Militärstiefel provisorisch schon mal auf einen Boden setzen, der bekanntlich an Bodenschätzen wie etwa **Bauxit** oder **Kupfer** überaus reich ist, bei deren Verwertung (im Sinne von Vermarktung in einer „gerechten Weltwirtschaftsordnung“) man den Einheimischen „helfen“ will?

An eine Stellungnahme, die 1981 von der Sozialistischen Volksrepublik (SVR) Albanien zu diesem Konflikt abgegeben wurde und in der die SVR Albanien ausdrücklich auf jegliche Gebietsansprüche gegenüber der SFR Jugoslawien verzichtete, wohl aber im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens der Völ-

ker die Respektierung der albanischen Identität innerhalb der jugoslawischen Föderation verlangte, sei auch die deutsche Regierung erinnert:

*„Die jugoslawische Führung vergißt, daß die albanische Nation eins ist, unabhängig davon, daß ein Teil in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien lebt, ein anderer Teil in drei Gebieten der jugoslawischen Föderation. Sie hat dieselbe Geschichte, dieselbe Kultur und Sprache; sie hat ihre Helden, sie hat gemeinsame Dichter, Maler, Musiker und Künstler. Das ist ihr großer Schatz, den sie behütet, hegt und pflegt und weiterentwickelt. Das sind die Hauptmerkmale einer Nation.“*

KD



**„Friedensfreunde“**  
Kinkel und Rugova (Bild: dpa)

# SOLIDARITÄT MIT DEM ALBANISCHEN VOLK IN KOSOVO

**Am 30.5.1998, Pfingst- samstag, demonstrieren in mehreren Städten der Bundesrepublik albanische Menschen aus dem Kosovo gegen den Vertreibungs- und Vernichtungskrieg des serbischen Milosevic-Regimes in ihrer Heimat. Auch in Recklinghausen gingen 350 Menschen auf die Straße.**

Die Demonstration wurde organisiert vom Internationalen Freundschaftsverein (IFV), der im Vorfeld Kontakte zu albanischen MigrantIn-nen im Kreis Recklinghausen geknüpft hatte.

Es war eine lautstarke und kämpferische Demonstration! Viele albanische Familien aus dem gesamten Kreis Recklinghausen waren gekommen, geprägt wurde die Demonstration von Sprechchören wie "Schluss mit dem serbischen Terror", "Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit" und "Sofortiger Abschiebestopp von Flüchtlingen in den Kosovo". Am häufigsten erschollen die drei Buchstaben UCK, die Abkürzung des Namens der albanischen Befreiungsarmee des Kosovo. Die Reaktion der Recklinghäuser Bevölkerung war verhalten bis uninteressiert. Die Presse hatte noch in der Vorankündigung ausführlich berichtet, dagegen fand sich zur Demo und zur

Abschlusskundgebung auf dem Recklinghäuser Altstadtmarkt kein Pressevertreter ein - ein Bericht über die Aktion erschien in keiner der Lokalzeitungen.

Auch das politische Spektrum Recklinghäuser Organisationen, das sich schwerpunktmäßig mit Problemen von Flüchtlingen

cern des Kosovo nach den Jahren absolut friedlicher Proteste inzwischen nur noch die Möglichkeit des bewaffneten Widerstandes als Ausweg bleibt, um der Politik des Völkermords, der Vertreibungen und der ethnischen Säuberung entgegenzutreten.

Auf der Abschlusskund-



*Demonstration in Recklinghausen*

und Asylsuchenden beschäftigt, wie Flüchtlingsrat, amnesty international oder B 90/Die Grünen, ließ sich nicht blicken. Das ist umso verwunderlicher, als auf der Abschlusskundgebung immerhin Jamal Karsli als Landtagsvertreter von B 90/Die Grünen wie auch Udo Moerschen vom Flüchtlingsrat NRW Ansprachen hielten.

Auffallend auf der Demo, daß die "Rugova"-Sprechchöre nur sehr verhalten klangen - ganz eindeutig war die große Mehrheit der Auffassung, dass den Alba-

gebung sprachen neben Moerschen und Karsli noch ein Vertreter der albanischen Flüchtlinge in Recklinghausen sowie Aleksander Berisha aus Lünen, freier Mitarbeiter der AntifaZ. Die Kundgebung wurde eröffnet durch eine Ansprache eines Vertreters des Internationalen Freundschaftsvereins. Alle Redner betonten das Recht des albanischen Volkes im Kosovo auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung und verurteilten die kriegerischen Aktionen des Belgrader Regimes. Die Kundgebung

wurde kulturell angereichert durch mehrere Liedbeiträge eines albanischen Sängers und durch von Kindern vorgelegene Gedichte. Insgesamt eine ermutigende Aktion, die auch deutlich machte, dass der IFV seine Ziele ernst nimmt und einen Beitrag zur internationalen Solidarität und Völkerfreundschaft leistet.

Bleibt abschließend festzuhalten, dass dies auf keinen Fall eine einmalige Solidaritätsaktion mit dem albanischen Volk im Kosovo bleiben darf - die Situation wird für die Menschen dort von Tag zu Tag unerträglicher.

\*\*\*\*\*  
**Internationaler  
 Freundschaftsverein  
 (IFV) Recklinghausen**  
 \*\*\*\*\*



*Aufmerksame Zuhörerin*

# Redebeitrag des Internationalen Freundschaftsvereins

**Liebe Anwesende!**

*Im Namen des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV) Recklinghausen und darf Sie zu dieser Demonstration zur Solidarität mit dem albanischen Volk von Kosova recht herzlich willkommen heißen.*

*Zur Lage kurz so viel: Kosova brennt.*

*Viele von Ihnen dürften vor einiger Zeit im Fernsehen die Bilder eines von serbischem Militär überfallenen Dorfes mit den ermordeten Bewohnern gesehen haben: Frauen, alten Männern, Kindern, sogar Kleinkindern. Solche Bilder sind heute Alltag in Kosova. Serbisches Militär und serbische Polizei ermorden Tag für Tag Menschen, überfallen Dörfer, brennen die Ortschaften nieder, aus denen die Einwohner vor ihnen geflohen sind. Sie tun das nach eigenem Bekunden im Namen der serbischen Nation. Ihre Äußerungen und Handlungen sind nationalistisch, sie unterdrücken damit die albanische Nation in Kosova.*

*Wir Deutschen wissen aus unserer eigenen Geschichte zur Genüge, wohin Nationalismus und nationaler Größenwahn führen können. Aber: Wo Unterdrückung herrscht, regt sich auch der Widerstand. Das gilt auch für Kosova. Die langjährige Geduld der Unterdrückten ist heute erschöpft. Seitens der albanischen Mehrheit in diesem Gebiet wächst heute der Wider-*

*stand von Tag zu Tag. Es herrscht Krieg in Kosova.*

*Die Front ist für alle Beteiligten klar: auf der einen Seite serbische Streitkräfte, auf der anderen albanische Bevölkerung, weitgehend unbewaffnet, aber teilweise auch bewaffnet. Der Widerstand ist, welche Form er auch haben mag, gegenüber dem serbischen Nationalismus und der Brutalität des Regimes Milosevic im Recht.*

*Auch das serbische Volk leidet unter diesem Krieg. Wie etwa das türkische Volk unter dem Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk leidet. Opfer bringen, die Zeche bezahlen, muß auch in Serbien das Volk. Gewinne am Krieg machen nur wenige.*

*Die heute vielfach auch in Kosova zum Ausdruck kommende Hoffnung auf eine Einmischung der Großmächte - USA, EU, Deutschland, NATO - wird enttäuscht werden. Das vorherzusagen, ist nicht schwer. Alle diese Kräfte verfolgen ihre eigenen Interessen, und die decken sich nicht mit denen der Bevölkerung von Kosova. Sie sind an ihrer eigenen Machterweiterung interessiert, nicht daran, daß die Kosovaren zu ihrem Recht kommen. Und sie nehmen Rücksicht auf die Großmacht Rußland, die hinter Serbien steht.*

*Es gibt in Kosova zahlreiche Kräfte, die auf friedlicher Basis für das Recht ihres Volkes*

eintreten. Und es gibt bewaffnete Kräfte, die gegen die nationalistische Unterdrückung kämpfen, Kräfte, die auch gegen eine Einmischung der Großmächte sind und fordern, daß die Albaner in Kosova ihre Sache in die eigenen Hände nehmen. Es gibt Gebiete in Kosova, da haben serbisches Militär und serbische Polizei nichts mehr zu sagen. Dort haben die Freiheitskämpfer selbst das Heft in die Hand genommen, unterstützt von der Bevölkerung. Dieser Widerstand verdient unsere Solidarität.

Eine wesentliche Voraussetzung, um ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Völker zu ermöglichen, ist die Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat, solange es zwei deutsche Staaten gab, immer wieder das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gefordert. Wer das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes im Munde führt, dürfte ja wohl gegen das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker keine Einwände haben. Der Forderung des Selbstbestimmungsrechts des albanischen Volkes in Kosova gegenüber hat sie taube Ohren.

Der deutsche Außenminister, Klaus Kinkel, erklärt: Jede Lösung des Kosova-Konflikts sei möglich, nur eine Republik Kosova nicht. Und das, obgleich rund 90 % der über zwei Millionen zählenden Bevölkerung von Kosova Albaner sind, deren Sprache und Kultur von der Bundesrepublik Jugoslawien mit Füßen getreten werden.

Seit 1989 ist die Autonomie der Kosovaren, die ihnen in den letzten Jahren der Regierung Titos gewährt worden war, zerschlagen worden. Serbien betrachtet heute die Mehrheit der Menschen in Kosova als über-

flüssig. Angehörige der albanischen Mehrheit in Kosova dürfen heute dort nicht Lehrer, Arzt, Polizist usw. sein.

Die ersten Auseinandersetzungen in Kosova gab es bereits 1974. Damals hatte Jugoslawien noch einen guten Ruf in der Weltöffentlichkeit. Es war ein Staat, der die sogenannten blockfreien Staaten anführte, auf die sich in aller Welt viele Hoffnungen richteten. Der Umgang mit Kosova hat diese Hoffnungen betrogen.

In Kosova lagern vermutlich die größten Bauxitvorkommen der Welt. Bauxit ist unter anderem unentbehrlich für Stahlveredelung, Aluminiumherstellung, Hochtemperaturtechniken und Laserverfahren. Was wunder, wenn sich heute in diesem Gebiet die unterschiedlichsten Interessen gegenüberstehen.

Auch nach dem alarmierenden Abschneiden faschistischer Kräfte wie der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt verkündet Bundesinnenminister Kanther, statt die Faschisten zu verbieten, das zentrale Problem sei die „Ausländerkriminalität“, um Menschen, die bei uns Zuflucht suchen,

massenweise abschieben zu können. Der Regierung geht es gar nicht um die Bekämpfung von Kriminellen, sondern darum, ganze Bevölkerungsgruppen in Mißkredit zu bringen, um sie leichter abschieben zu können. Auch in Kriegsgebieten.

Wie bei der Türkei ist Deutschland auch auf dem Balkan Kriegspartei. Menschen aus anderen Ländern, die als Opfer von Unterdrückung, Krieg und Not bei uns Zuflucht suchen, haben Anspruch auf unsere Solidarität gegen die staatliche Abschiebepolitik.

Der IFV unterstützt im Rahmen seiner Möglichkeiten nicht nur Asylsuchende, sondern stellt sich auch die Aufgabe, zur Freundschaft zwischen der deutschen Bevölkerung und Flüchtlingen beizutragen. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und damit auch der Albaner in Kosova und unterstützen alle Bestrebungen in dieser Richtung.

**Wir fordern den sofortigen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Kosova. Hoch die internationale Solidarität!**

## Redebeitrag von Udo Moerschen

**Sehr verehrte Damen und Herren,**

mein Name ist Udo Moerschen. Ich begrüße Sie als Vertreter der Flüchtlingsräte, die sich schon seit vielen Jahren für die Interessen der albanischen Flüchtlinge aus Kosova einsetzen.

Wir haben uns in erster Linie mit den Problemen der

Albaner aus Kosova befaßt, die zu uns nach Deutschland geflohen sind und hier bleiben wollen. Ich betone das deshalb, weil es inzwischen auch eine wachsende Anzahl von Albanern gibt, die es zurück in ihre Heimat drängt, um dort notfalls mit Gewalt die Rechte ihres Volkes durchzusetzen. Ich respektiere ein solches Vorha-

ben und die Menschen, die sich dafür einsetzen, kann mich aber aktiv nur für solche Maßnahmen einsetzen, die mit gewaltfreien Mitteln geplant und durchgeführt werden. Auch aus diesem Grund haben wir uns in der Vergangenheit hauptsächlich mit den aktuellen Problemen und Gefahren auseinandergesetzt, die Ihnen im Falle einer Abschiebung nach Kosova drohen.

Wie Sie sich erinnern, waren diejenigen unter Ihnen, denen die Anerkennung als politisch Verfolgte verwehrt geblieben ist, über einen Zeitraum von drei Jahren, nämlich seit 1994, allein dadurch vor einer Abschiebung nach Rest-Jugoslawien geschützt, daß die dortigen Behörden ihnen die Einreise verweigert haben.

Die deutsche Regierung hat Anfang 1996 die völkerrechtliche Anerkennung der „Bundesrepublik Jugoslawien“ vorangetrieben und als Gegenleistung von der jugoslawischen Regierung gefordert, daß Abschiebungen ehemaliger Asylbewerber künftig erleichtert würden. Im Oktober 1996 kam es dann zur offiziellen Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den beiden Regierungen Rest-Jugoslawiens und Deutschlands. Auf der Grundlage dieses Abkommens hat das nordrhein-westfälische Innenministerium die Ausländerbehörden im Dezember 1996 angewiesen, Sie zu den jugosla-

wischen Konsulaten und zur Botschaft zu schicken und Sie dort Ihre „freiwillige“ Heimreise betreiben zu lassen. Wer sich weigerte, dem wurde die Arbeitserlaubnis oder sogar die Duldung verweigert. Während dann im Jahr 1997 hier in Deutschland ein menschenunwürdiges Geschacher um die Bedingungen für Ihre Abschiebung vor sich ging, eskalierte die Unterdrückung in Ihrer Heimat über jedes bis dahin bekannte Maß hinaus.

Der „Rat zur Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten in Pristina“, in Ihrer

sen, auf den zunehmenden Terror der Serben gegen Ihr Volk in Kosova mit Gegengewalt zu antworten. Ihr Ministerpräsident Bukoshi hat deshalb unser damaliges Anliegen konterkariert und dem Innenministerium gegenüber erklärt, Ihrer Rückkehr nach Kosova stehe nichts im Wege. Er hat das Anfang dieses Jahres noch einmal in einem Brief an die Gesellschaft für bedrohte Völker bekräftigt, daß nämlich Ihre Vertreibung aus Kosova das Ergebnis einer von den Serben gewollten „ethnischen Säuberung“ gleichkomme, der es entgegenzuwirken gelte.

Seitdem gibt es auch für uns erkennbar unter Ihnen einen deutlichen Bruch: Auf der einen Seite sehen wir diejenigen, die ihre Unterdrückung nach wie vor nicht ertragen können und wollen und allein oder mit ihren Familien geflohen sind. Sie haben mehr denn je das Recht und wir haben



Jamal Karšli, Landtagsabgeordneter B90/Die Grünen

Sprache abgekürzt mit „KMDLNJ“, zählte eine dramatische Zunahme an Tötungen albanischer Bürger in Polizeigewahrsam, allein im ersten Quartal 1997 bereits 13 Todesfälle. Unter dem Eindruck dieser zunehmenden Verletzung Ihrer elementarsten Grundrechte haben wir im Sommer vergangenen Jahres mit Ihnen vor dem Landtag in Düsseldorf demonstriert und dem Innenminister eine Bittschrift übergeben, die dieser sorgfältig prüfen wollte. Bereits damals aber hatte sich Ihre Exil-Regierung entschlos-

mehr denn je die Pflicht, Ihnen die gewünschte Zuflucht zu gewähren. Auf der anderen Seite gibt es in Ihrer Heimat, aber auch hier in Deutschland, deutliche Anzeichen, die ich als „Mobilmachung“ bezeichnen möchte. Diesen Teil Ihrer verständlichen Bemühungen, Ihrem Volk zu seinem Recht zu verhelfen, möchte ich hier nur mit der dringenden Bitte kommentieren, daß Sie Ihren Landsleuten die Freiheit lassen, zu wählen zwischen dem bisherigen gewaltlosen Widerstand und der Durchsetzung Ihrer Rechte mittels Gewalt.

Der Ausbruch des Bürgerkrieges in Kosova zu Beginn dieses Jahres hat nun alle Befürchtungen der Vergangenheit bestätigt, so daß es jetzt erst recht eines abgestimmten internationalen Eintretens für die Rechte aller Bevölkerungsteile in Rest-Jugoslawien bedarf, darunter auch für Ihre Rechte als ein Volk mit einer langen Geschichte, die untrennbar mit Ihrer Heimat Kosova verbunden ist. Es kann nicht sein, daß die einzelnen Staaten Europas mehr oder minder heimlich versuchen, sich mit den Serben zu arrangieren, während allein die Vereinigten Staaten von Amerika Verhandlungen über eine gemeinsame Lösung des Konfliktes fordern - und entsprechend unbefriedigende Ergebnisse erzielen. Aber ich kann die Situation hier in Deutschland leider nur mit fast den gleichen Worten beschreiben, wie ich das vor fast einem Jahr bei der Demonstration in Düsseldorf getan habe.

1. Die Verantwortlichen unserer Bundespolitik haben weiterhin nicht das geringste Interesse an der Menschenrechtsslage in Kosova. Es überwiegt vielmehr wie bisher die Angst, daß bei einer klaren Position der Schutzgewährung vielleicht noch mehr Flüchtlinge bei uns Zuflucht suchen wollen.

2. Auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat im vergangenen Jahr kein ernsthaftes Interesse an einer Lösung Ihrer Rückkehrprobleme gezeigt. Das Aussetzen der wöchentlichen Abschiebflüge dauerte nicht einmal einen Monat, und sie werden auch jetzt trotz der massiven Kriegsgefahren fortgesetzt. Allein in diesem Monat sind 112 Albaner aus Nordrhein-Westfalen nach Rest-

Jugoslawien ausgeflogen worden. Es werden auch nach wie vor trotz unseres Protests serbische „Sicherheitskräfte“ auf dem Düsseldorfer Flughafen eingesetzt.

Darüber werden wir gemeinsam mit Landtagsabgeordneten erneut das Gespräch mit dem Innenministerium suchen. Ein erster Versuch ist für den 18. Juni vorgesehen. Für die von Abschiebung Bedrohten ergeben sich daraus die folgenden möglichen Konsequenzen:

An der Haltung der Bundesregierung können wir hier und heute wenig ändern. Die weiterhin die Lage verharmlosenden Darstellungen des auswärtigen Amtes beweisen, daß die Bundesrepublik genauso wenig wie die anderen europäischen Länder eine grundsätzliche Änderung Ihrer Lage herbeiführen will. Ihre einzige Hoffnung richtet sich daher darauf, daß die Amerikaner massiven Druck auf die Europäer ausüben. Das ist ja wohl so eben bei der NATO-Tagung in Brüssel geschehen.

Die Information der breiten Öffentlichkeit ist ein Gebiet, auf dem Sie selbst hier tätig werden können, weshalb ich Ihnen diesen Punkt ganz besonders

ans Herz legen möchte. Es war bitter, Anfang dieses Jahres zu erleben, wie die Berichte über Menschenrechtsverletzungen an Rückkehrern von deutscher und jugoslawischer Seite gemeinam als unzutreffend verworfen wurden. Informieren Sie deshalb die Menschenrechtsorganisationen in Ihrer Heimat ebenso wie die bei uns über Vorkommnisse und dokumentieren Sie so sorgfältig wie eben möglich! Fragen Sie regelmäßig nach, ob sich Ihre Angaben für die Behörden bestätigt haben oder welche (angeblichen) Widersprüche bestehen! Vor einem Jahr haben wir an die politisch Verantwortlichen unseres Landes appelliert, sie mögen den Willen des albanischen Volkes von Kosova zur Unabhängigkeit unterstützen. Angesichts des Terrors in Ihrer Heimat mit bisher schon mehr als 200 Toten fällt es schwer, noch an eine friedliche Erfüllung dieses Wunsches zu glauben.

**Trotzdem wünsche ich Ihnen, daß Sie eines Tages wieder in Ihre Heimat zurückkehren und am Aufbau eines freien Kosova mitwirken können.**  
Flüchtlingsrat NRW

## Attatroll Buchladen

**45657 Recklinghausen Herner Str. 16**  
☎ 02361 / 17002

**„Jetzt sind freilich aufgeklärter  
Diese Menschen, und sie töten  
Nicht einander mehr aus Eifer  
Für die himmlischen Interessen. -**

Partner der  
Büchergilde

Partner der  
Büchergilde

**„Nein, nicht mehr der fromme Wahn,  
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,  
Sondern Eigennutz und Selbstsucht  
Treibe sie jetzt zu Mord und Totschlag.  
Heinrich Heine „Atta Troll“**

**Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00**

ANZEIGE

## ZU EINIGEN FRAGEN DER ANTIFASCHISTISCHEN BEWEGUNG (Teil III)

Der folgende Artikel beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Versuch der alten und neuen Nazis, durch Anknüpfen an den brennenden sozialen Problemen einen Teil der Bevölkerung durch demagogische Parolen, die sich scheinbar gegen das kapitalistische System richten, zu täuschen.

Wir drucken ihn mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „Roter Morgen“ und stellen ihn in die Reihe von Diskussionsbeiträgen zu Fragen der antifaschistischen Bewegung, er enthält eine Reihe wesentlicher Hinweise auf den Umgang der Faschisten mit der „sozialen Frage“ - wir hätten es selber kaum besser darstellen können.

### Die soziale Demagogie der NSDAP und der Neonazis heute

Die soziale Demagogie gehörte zum Faschismus während aller Jahre seiner Existenz und Herrschaft. Indessen waren die Nazis weder die Erfinder dieser Art von Massengewinnung noch deren letzte Praktiker. Neu war in der Geschichte der sozialen Demagogie ihre Steigerung zur „sozialistischen Demagogie“, ihr Versuch, sich als Vorkämpfer für eine Revolution - die „deutsche“ im Gegensatz zur internationalen -, für eine Überwindung des Kapitalismus, auszugeben.

In den politischen Anklagen gegen die gesellschaftlichen Zustände, die in den Reden der braunen Demagogen erhoben werden, wird auf die Terminologie der Arbeiterbewegung zurückgegriffen. So heißt es z.B. in einer Flugschrift der Jungen Nationaldemokraten: „Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national“.

Angestrebt werde ein „volksbezogener Sozialismus“. Doch zumeist ist von „Sozialismus“ nicht weiter die Rede, eher von „Überwindung des Kapitalis-

mus als solchem“.

### Der Beginn der „antikapitalistischen“ Demagogie der Nazis

Nach dem ersten Weltkrieg war selbst der äußersten Reaktion klar, dass sich die Idee des Sozialismus nicht allein durch Terror ersticken ließ. Der Terror wurde zielstrebigere denn je durch die Demagogie ergänzt. Alle Unzufriedenen sollten in einer Bewegung gegen die Republik und für die Machteroberungspläne Hitlers zusammengebracht werden. Das Rezept bestand darin, „Massen zu gewinnen, wenn auch kleinbürgerliche Massen, dann würden die Arbeiter folgen“ (Adolf Hitler). Die Nazis haben allen alles versprochen.

Nach der Machtübergabe an Hitler wurde das Wirtschaftsprogramm der NSDAP neu formuliert und seine Aussagen auf nichtssagende und politisch unsinnige Parolen getrimmt: Losungen wie „Brechung der Zinsknechtschaft“ oder „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, eine Devise, die bei jedem Schrebergartenverein gelten kann, wurden propagiert. War bis dahin noch die Rede von einer „Bodenreform bei

unentgeltlicher Enteignung“, so distanzierte man sich fortan davon.

Als den Faschisten im Auftrag des Großkapitals die Macht übertragen wurde, änderte sich an den Produktions- und Eigentumsverhältnissen nichts. Krupp blieb Krupp, und Thyssen Thyssen. Die ökonomische und politische Macht der Monopole und Großbanken festigte sich in bis dahin ungekanntem Maße. Bereits am 15. Juni 1933 wurde der „Generalrat der deutschen Wirtschaft“ berufen, in dem die größten Konzerne für die Organisation der gesamten Volkswirtschaft direkt verantwortlich gemacht wurden. Ökonomie und Politik, die Monopole und der Staat, waren während der Nazizeit so eng verbunden wie zu keiner Zeit zuvor.

Kommen wir aber zurück auf die Wirkung der sozialen Demagogie der Faschisten. Ihre Wirkung kam nicht allein aus ihren unbestimmten Inhalten, sondern in erheblichem Grad aus der Art und Weise, wie sie die Versprechungen und Verheißungen unters Volk brachten.

Erstens: Es existierte bei einem Teil der Werktätigen ein „Erlösungsbedarf“ und „Erlösungs-

glaube“. Klassengesellschaften produzieren in den Massen nicht Kraftbewußtsein im Selbstlauf, sondern in starkem Maß das Bewußtsein der eigenen Ohnmacht. Eine Partei, die behauptet, sie besitze einen Mann, der die Macht hat, umstürzend zu wirken, kann mit Aufmerksamkeit rechnen.

Zweitens: Die faschistischen Demagogen besaßen nach längerer Zeit genaue Kenntnisse nicht nur der allgemeinen Lage der werktätigen Schichten, sondern sie machten sich mit den lokalen Besonderheiten der Situation bekannt und klagten so das „System“ konkret und auf die Gruppe bezogen an. Das bedeutete: Die Naziredner wiesen nach, dass sie die Sorgen der Menschen genau kannten. Das schuf bei Teilen der Werktätigen ein gewisses Vertrauen.

Drittens: Zugute kam den Nazis die herrschende Ideologie, die die der herrschenden Klasse war: Schule, Kirche, Militär und die Medien (Presse, Funk, Kino etc) wirkten unterstützend und verdummend für die Nazidemagogen.

**Was bedeutete für die arbeitenden Menschen der Faschismus?**

Die Errichtung des Faschismus und seine Wirtschaftspolitik bedeutete für die arbeitende Klasse die Aufhebung selbst der minimalsten bürgerlichen Freiheiten, die Beseitigung ihrer „Vogelfreiheit“ (Karl Marx), nämlich die Aufhebung der „Freiheit“ zum Verkauf und Nicht-Verkauf ihrer Arbeitskraft. Der Faschismus beseitigt den wichtigsten Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber dem Feudalismus für die

Werkstätigen: die Abschaffung der Leibeigenschaft. Der Faschismus bedeutet brutalste Ausbeutung und Verelendung der arbeitenden Klassen, wofür die Beseitigung der erkämpften individuellen Rechte und Freiheiten durch die Faschisten die Voraussetzungen schuf: die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Zerschlagung jeglicher Organisation der Lohnabhängigen.

Die herrschende Klasse erklärt sich im Faschismus zur Führung der „Volksgemeinschaft“. Das Wirtschaftsideal der Nazis war „Jedem das Seine“. Jeder behält, was er hat, das Privateigentum wird „voll und ganz“ anerkannt, weil es „zutiefst verankert im arischen Wesen“ sei.

Unter dem Ziel der „Volksgemeinschaft“ und „Gefolgschaftsbildung“ propagierten die Faschisten die Einschwörung, die persönliche Anhängerschaft für die Politik der herrschenden Klasse, die ihren handgreiflichen Ausdruck dann in der „Gefolgschaftstreue“ gegenüber dem Führer, dem Staatsführer und dem „Betriebsführer“, erhält.

Im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20.1.1934 heißt es:

„§ 1: Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebs, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen

**ENTSICHERT**  
 der Polizeistaat lädt nach...

Das Konzept der „Inneren Sicherheit“ von der historischen Herleitung über die Umstrukturierung der Innenstädte, Rolle der Antifa-Bewegung, Schengener Abkommen und Gen-Datei.

Broschüre der AA/BO  
 72 Seiten stark  
 Einzelpreis: DM 5.-  
 WVP: DM 3,50



**Broschüre**

Lieferbar ab Juli '98 über:  
 Antifa Bonn/Rhein-Sieg  
 c/o Buchladen Le Sabot  
 Breite Straße 76  
 53111 Bonn



Behörde glaubte bis zum Schluß, dass es hier um einen Protest von Arbeitslosen ginge.

Neben ihren provokativen Aufmärschen versuchen Neonazis auch auf andere Weise, Meinungsführerschaft zu erlangen. So treten in letzter Zeit gut geschulte NPD-Aktivistinnen in öffentlichen Veranstaltungen auf. Sie geben sich als seriöse Fragesteller, als Mitfühlende mit den Sorgen der Arbeitslosen und sozial Schwachen, schließen sich den Kritiken an Regierung und „Kapital“ an.

Wenn heute die Tarnkappe „Antikapitalismus“ als Abrundung und Zuspitzung der demagogischen sozialpolitischen Forderungen durch die Neonazis übergezogen wird, ist dies natürlich nicht die wirkliche Grundhaltung der Rechtsextremisten, sondern dient vor allem der Täuschung von Anhängern und Wählern aus sozial besonders gebeutelten Schichten. Die Töne gegen das Großkapital, gegen Konzerne und Banken werden umso lauter ausgestoßen, je aggressiver diese sich vorwagen und so große Teile der Bevölkerung gegen sich aufbringen. So titelte die „Junge Freiheit“ vom 28. März 1997 unter der Überschrift „Deutsche Bank - Drahtzieher des Thyssen-Krupp-Deals“ den jüngsten Skandal des Arbeitsplatzabbaus in der Stahlindustrie. Auf dem Rücken der arbeitenden Menschen werde eine skrupellose Kahlschlagpolitik betrieben, heißt

es dann.

Die „Deutsche Stimme“ der NPD titelte: „Ein Regime, das nicht das ‚Recht auf Arbeit‘ garantieren kann und gleichzeitig Milliarden für Ausländer, Asylanten und fremde Interessen ausgibt, sollte zurücktreten (...)“

In der täglichen Praxis der Neonazis wird fast jedes Thema aus dem breiten Spektrum sozialpolitischer Probleme bedient. Die Massenarbeitslosigkeit ist dabei zunehmend an die erste Stelle gerückt. Stereotyp wiederholen sie ihre Anklagen gegen die „Masseneinwanderung“ von Ausländern, für die sie die Regierung verantwortlich machen.

Insgesamt ist nicht zu übersehen, dass die zunehmende Wahrnehmung des Gegensatzes Arm - Reich im bundesdeutschen Alltagsbewußtsein hier ihren Niederschlag findet. Das Vorgehen der Rechtsextremisten entspricht dabei weitgehend dem Muster der Nazi-Partei vor 1933, als diese sich mit „proletarischen Losungen“ an die Massen wandte und im Hintergrund mit den reaktionären Vertretern des Industrie- und Finanzkapitals sich verbündete.

Einst kalkulierte die NSDAP kalt, dass mit der Ausbreitung der Krise das Bedürfnis der Massen immer stärker anwächst, aus den elenden Zuständen herauszukommen. Skrupellos versprach sie baldigen und durchgreifenden Wandel, sobald sie und ihr Führer an

die Macht kämen. Dem gegen die Weimarer Republik angehäuften Haß von Millionen entsprach sie mit Parolen wie „Schluss jetzt“ und offerierte Hitler als „Befreier“ und „Erlöser“.

„Schluss damit“ ist auch eine Losung der Rechten heute. Und wieder erfolgt die Verheißung eines Erlösers. Mit der namentlichen Benennung gibt es noch Schwierigkeiten. Die Verlegenheit äußert sich, unfreiwillig belustigend, in einer Fraktion der Rechten so: „Der Messias, der Deutschland wieder in bessere Zeiten führt, hat bereits einen Namen: NPD“.

Für Antifaschisten ist es unerlässlich, um den weiteren Vormarsch der Rechtsextremen und Neonazis aufzuhalten, deren Ziele, Manöver und Demagogie aufzudecken, historische Erfahrungen sichtbar zu machen. Dazu gehört auch die Aufklärung über die wirklichen Ursachen für Massenarbeitslosigkeit, Analyse der Fluchtbewegungen und deren Ursache usw. Insbesondere ist es wichtig, im täglichen Klassenkampf seinen Platz einzunehmen, für die Interessen aller arbeitenden Menschen, für deren Einheit und gegen die nationale Spaltung aufzutreten. Im realen Kampf entlarven sich die Nazis immer sehr rasch als Feinde der Arbeiterklasse und als Handlanger des Kapitals.

(zuerst abgedruckt in: RM Nr. 13/98, von der Redaktion geringfügig geändert)

## Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen!

Am 12. Mai 1998 wurden bundesweit über 35 Wohnungen und Geschäftsräume nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) durchsucht. Die Ermittlungen richten sich gegen 39 Personen, die eine kriminelle Vereinigung innerhalb der Antifa Passau gegründet haben sollen.

**Betroffen sind einige, gemeint sind wir alle!**

**Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!**



Schafft Öffentlichkeit, solidarisiert euch, sammelt und spendet Geld!

Spendenkonto: Rechtshilfefond - Kto 3 608 298 - BIZ 740 900 00 - Raiffeisenbank Passau/Freyung - Stichwort: 12. Mai

# Vorschlag für eine Plattform des Antifaschistischen Bundes (AFB)

Unsere Organisation wurde 1987 gegründet, ihr ursprüngliches Programm wurde 1990 überarbeitet. Inzwischen haben wir einige Erfahrungen gesammelt, insbesondere in der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Politikvorstellungen innerhalb der antifaschistischen Bewegung.

In den letzten Wochen haben wir unsere politischen Vorstellungen erneut intensiv diskutiert, die ersten Ergebnisse dieser Diskussion legen wir hiermit vor.

## A. Faschistische Organisationen in Deutschland und Europa - eine Gefahr für uns alle

### I. Organisationsaufbau

Seit Jahren sind deutsche Faschisten bemüht, stärkeren Anhang unter der Bevölkerung zu gewinnen. In jüngster Zeit scheint ihnen das stärker zu gelingen als noch in den siebziger und achtziger Jahren.

Wie in Frankreich der Front National, in Österreich die FPÖ oder in Italien die MSI, versuchen auch in Deutschland neonazistische Parteien von NPD über DVU bis zu den sogenannten Republikanern, als 'ganz normale', demokratische Parteien anerkannt zu werden und in die Parlamente einzuziehen.

Noch haben sie nicht einen ähnlichen Massenanhang wie der FN in Frankreich, aber sie sind auf dem Wege, ihr Ziel zu erreichen.

Die Nazis verfolgen seit langem eine Doppeltaktik: Neben dem Aufbau legaler Strukturen haben sie illegal arbeitenden Terroreinheiten entwickelt, die in Deutschland als sogenannte Unabhängige Kameradschaften oder als „Freier nationaler Widerstand“ auftreten. Sie terrorisieren Ausländer, Asylsuchende, Obdachlose, sozial Schwache, aber auch aktive Gewerkschafter, christlich-human Eingestellte, Linke und Andersdenkende. Sie bilden sich militärisch aus, legen Waffen- und Sprengstoffdepots an und bereiten sich schon heute darauf vor, im Falle einer faschistischen Diktatur als Unterdrückungsinstrument gegen jede demokratische Regung eingesetzt zu werden.

Dies strategische Konzept wurde in Deutschland seit langem von den führenden Nazi-Funktionären der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) entwickelt und wird heute von allen völkischen, nationalistischen und nationalsozialistischen Gruppierungen praktiziert.

Die GdNF hat dazu beigetragen, ein europäisches Netz faschistischer Informations- und Aktionsstrukturen aufzubauen, das zu Nazis in Amerika und Kanada, neuerdings auch in Osteuropa Kontakte unterhält.

Noch ist es den deutschen Nazis nicht gelungen, eine einheitliche faschistische Partei aufzubauen, die über einen ähnlich breiten Massenanhang verfügt wie der FN in Frankreich.

NPD, DVU und Republikaner konkurrieren um die Führung, werden von den führenden nationalsozialistischen Kadern aber zunehmend zur einheitlichen Parteibildung gedrängt.

Neu entstandene Parteien wie der BfB (Bund freier Bürger) versuchen, als Kettenglied zwischen den Nazi-Organisationen und den konservativen Teilen der etablierten Parteien von CDU bis SPD zu fungieren.

### II. Politische Ziele und heutige Ideologie des Faschismus

Politische und ideologische Ziele der heutigen Nazis unterscheiden sich in den Grundlagen nicht von denen der NSDAP, die heute international als NSDAP-AO und in Deutschland in der GdNF agiert.

Ideologischer Kern ihres Gedankenguts sind nach wie vor Rassismus und Antisemitismus, politisches Ziel ist ein faschistisches Europa, das sie unter dem Motto „Nation Europa“ demokratisch tarnen.

Sie behaupten die Überlegenheit der nordischen Rassen und Völker, die in Europa vereint einen Verbund regionaler völkischer Einheiten herstellen sollen, der die bestehenden Nationalstaaten überwin-

det.

Stärker als die Hitlerfaschisten setzen die modernen Nazis auf den Europa-Gedanken als entscheidendes Kettenglied in dem nach wie vor bestehenden Ziel, alle anderen Völker der Welt unter ihre Herrschaft zu zwingen.

Es ist für sie kein Widerspruch, für „Deutschland zuerst“ und für eine „Nation Europa“ einzutreten - entscheidend ist das Ziel der faschistischen Machtübernahme.

Dies Europa soll frei sein von allen „minderwertigen“ Rassen wie Asiaten, Slawen, Afrikanern oder Lateinamerikanern. Dies Europa soll „rassenrein“ sein, denn die „minderwertigen Rassen“ gefährden nach Auffassung der Nazis die „gesunden nordischen Rassen“ und hindern sie an ihrem Ziel, die Herrschaft zu ergreifen, die ihnen ihre angeblich von der Natur zuerteilte Stärke zuweist.

Dies Menschenbild ist zutiefst inhuman und undemokratisch - ein Faschismus an der Macht würde in Europa mit ähnlicher Gnadenlosigkeit alles „Minderwertige“ ausmerzen, wie es die deutschen Faschisten praktizierten, als sie zwölf Jahre an der Macht waren.

Sie wollen als „Herrenmenschen“ alle anderen zu beliebig verfügbaren Sklaven machen, und so behandeln sie heute schon die in Deutschland an den Rand Gedrängten, die Flüchtlinge, Asylsuchenden, Obdachlosen und alle, die nicht in ihr Bild vom starken, wehrhaften, reinrassigen nordischen Menschen passen.

Sie geben vor, die Interessen der 'kleinen Leute', der Ausgebeuteten, der Arbeitslosen und der um Lohn und Brot fürchtenden Lohnabhängigen zu vertreten.

Doch sie sind genausowenig antikapitalistisch oder revolutionär wie es die alten Nazis waren.

Sie kämpfen nicht gegen deutsche Unternehmer, die Arbeitskräfte entlassen, sondern sie fordern von deutschen Unternehmern, im „gemeinsamen Interesse aller Deutschen“ die ausländischen Arbeiter zu entlassen.

Sie fordern nicht auf zur Solidarität mit den sozial noch schlechter Gestellten, den Flüchtlingen und Asylsuchenden, sondern sie mobilisieren ein angeblich „gemeinsames deutsches Interesse“, das sich unter der Forderung „Ausländer raus“ formiert.

Sie fordern die völlige Abschaffung des Asylrechts, indem sie Flüchtlinge und Asylsuchende als „Sozialschmarotzer“ diffamieren.

Hierbei greifen sie auf rassistische und antisemitische Ideologiemuster zurück, die - wie damals gegenüber den Juden und Jüdinnen angewandt - als tödliche Gefahr für den „gesunden deutschen Volkskörper“ propagiert werden.

Dies vernichtende Programm wird schon heute dort in die Tat umgesetzt, wo die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen es ihnen ermöglichen, ihre Brand- und Mordanschläge durchzuführen, ohne dass ihnen (bisher) breiter demokratischer Widerstand das Handwerk legt.

Die Spur faschistischen und rassistischen Terrors macht jedoch deutlich, was uns erwartet, wenn sie wieder einmal an die Macht kommen sollten!

### III. Faschismus und Demokratieabbau

NPD, DVU und Republikaner haben Schritte nach vorn gemacht in dem Bestreben, als 'ganz normale' Parteien anerkannt zu werden.

Dass dies möglich wurde, liegt in erster Linie daran, dass ihnen - trotz gegenteiliger Behauptungen - seitens dieses Staates und der verschiedenen Regierungen nie ihre demokratische Legitimation bestritten und entzogen wurde.

Seit Bestehen der Bundesrepublik konnten und können faschistische Parteien legal auftreten, auch wenn hin und wieder mal eine bestimmte Organisation verboten wurde.

Die durchgängige Praxis von staatlichen Stellen, Regierungen und den meisten demokratischen Parteien, von Behörden und von Polizei besteht darin, faschistische Tätigkeit zu dulden und bisweilen zu unterstützen.

Der nach 1945 gegründete demokratisch-parlamentarische Staat „Bundesrepublik Deutschland“ ist kein automatischer Garant gegen eine faschistische Diktatur.

Er ist vielmehr Schauplatz der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen, humanistischen, demokratischen und sozialistischen Kräften auf der einen und all den Kräften, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, hin zu einer undemokratischen, rassistischen, obrigkeitstaatlichen und nationalistischen Gesellschaft, in der eine kleine Machtelite alle anderen zu Arbeitssklaven und Untertanen degradiert, die beliebig ausgebeutet, verschoben, abgeschoben, ausgeschaltet oder in Kriegen verheizt werden können.

Diese 'reaktionären' Kräfte haben wenig Berührungspunkte zu den faschistischen Zielen, um so mehr fürchten sie aber eine demokratische, soziale und solidarische, eine internationale Gemeinschaft, in der ihre Macht keine Grundlage mehr hätte.

Nicht nur und nicht in erster Linie in den faschistischen Organisationen besteht heute eine Gefahr für Demokratie und sozialen und kulturellen Fortschritt, sondern vor allem in einer Rechtsentwicklung in Staat und Gesellschaft.

Die Politiker der „geistigen und moralischen Wende“, die in den vergangenen Jahren in vorher nicht bekanntem Maß demokratische und Grundrechte abgebaut haben und täglich weiter abbauen, sind verantwortlich für ein gesamtgesellschaftliches Klima, in dem faschistische Parteien und ihre Parolen wieder Zulauf erhielten.

Diese „geistige und moralische Wende“ war eine Gegenbewegung gegen die Ideen von Internationalismus, Solidarität, Toleranz und sozialer Befreiung, wie sie in den sechziger und siebziger Jahren in Deutschland und Europa entstanden waren.

Herrschender „Zeitgeist“ und herrschende „Moral“ sind immer deutlicher der Geist und die Moral der Herrschenden.

Die quasi-Abschaffung des Asylrechts, der „Große Lauschangriff“, die „Schleierfahndung“, das „Ausländergesetz“, das „Asylbewerberleistungsgesetz“, das Gesetz zum „schnellen Prozess“ gegen Straftäter - dies sind nur die auffälligsten Meilensteine in einer umfassenden Kette von Maßnahmen, die auf breiter Front demokratische Rechte beseitigten und weiter beseitigen.

Der Grund für diese Maßnahmen ist die gewaltige soziale Umverteilung, die in den vergangenen Jahren in Deutschland und Europa von wenigen immer mächtigeren Großkonzernen und Banken betrieben wurde und ihre Unterstützer in den jeweiligen nationalen Regierungen, egal welcher politischer Couleur, fanden.

Umverteilt wird von unten nach oben - alle staatlichen Maßnahmen stehen nur noch unter einem Kriterium, dem der Finanzierbarkeit. Die „Wirtschaftsstandorte“ sind das Maß aller Dinge - und alle Bestrebungen, die diesem Interesse entgegenstehen, müssen ausgeschaltet werden.

Der Zusammenschluß zur EU soll dies Interesse weiter befördern - Ausländer, Asylsuchende, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Arbeitsplatzbesitzer sind unter diesem Gesichtspunkt lästige Kostenfaktoren, die den schranken- und grenzenlosen Wunsch nach noch größeren Zuwachsraten behindern.

Auf diesem gesellschaftlichen Hintergrund sind faschistische und rassistische Organisationen erwünscht und übernehmen heute Aufgaben, die das Vorankommen der wirtschaftlicher Interessen der Konzerne und Banken, auf lange Sicht betrachtet, befördern.

Da sie zeitweilig „über das Ziel hinausschießen“, werden sie von Zeit zu Zeit und in unterschiedlichem Maß „zurückgepfiffen“ - das ändert an ihrer grundsätzlichen Duldung und Förderung nichts.

Die soziale Umverteilung richtet sich in erster Linie gegen die schwächsten Kettenglieder der Gesellschaft - Asylsuchende, Flüchtlinge, Alte und sozial Schwache, Arbeitslose und Behinderte, Frauen und Kinder.

Um deren befürchteten Widerstand im Keim zu ersticken, um deren möglichen Zusammenschluß zu verhindern, ist Demokratieabbau nötig, sind faschistische Hilfstruppen erwünscht - auch wenn die herrschenden und regierenden Parteien und Institutionen noch so oft scheinheilig von Demokratie und Völkerverständigung reden.

Die Konzerne in Europa würden am liebsten eher gestern als heute ihr Konzept einer „Festung Europa“ durchsetzen, was sie im 'Schengener Abkommen' schon vereinbarten: Die Abschottung der Grenzen nach außen, so dass kein einziger Flüchtling hier mehr einreisen könnte.

Diesen Flüchtlingen, aber auch den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern, werden in Europa und Deutschland die grundlegenden demokratischen Rechte vorenthalten, sie werden wie moderne Sklaven behandelt, die beliebig verschoben und abgeschoben werden dürfen.

Die „geistig-moralische“ Wende hat dazu beigetragen, dass in den staatlichen und kommunalen Behörden, im Justizapparat und in der Polizei ein alltäglicher Rassismus sich entwickeln konnte, der ebenfalls den Boden für faschistisches, antidemokratisches und inhumanes Denken bereitet.

Behördenvertreter in Ausländer- und Sozialämtern schalten und walten heutzutage oft wie kleine „Blockwarte“ - ihre ausländerfeindlichen und inhumanen Maßnahmen gegenüber asylsuchenden Menschen sind kaum einer demokratischen Kontrolle unterworfen - auch sie sind ursächlich verantwortlich für das Entstehen eines herrschenden rechten Konsenses in großen Teilen von Staat und Gesellschaft.

Der alltägliche staatliche Terror, der sich in den Abschiebeknästen, im „Asylbewerberleistungsgesetz“, in polizeilicher Schikane und juristischer Bedenkenlosigkeit im Umgang mit menschlichen Einzelschicksalen manifestiert, all dies bereitet einen günstigen Nährboden für das Erstarken faschistischer Kräfte.

Das Gerede von „Ausländerkriminalität“, von der angeblichen Bedrohtheit des Bürgers durch „asoziale“ und sonstige „Elemente“ schürt rassistische und inhumane Stimmungen in der Bevölkerung - die Konsequenz ist eine immer stärkere Einschränkung demokratischer Äußerungen und demokratischen Eingreifens.

#### IV. Faschismus und nationale Frage

Unter Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ oder „Deutschland zuerst“ propagieren die Faschisten einen deutschen Nationalismus, der die Herrschaft über andere Nationen anstrebt.

In der „Nation Europa“ sollen die „nordischen Rassen“ vereint werden, aber selbstverständlich unter „deutscher Führung“. Sie fordern die „Wiederherstellung“ eines großdeutschen Reiches, was vor allem die Rückeroberung ehemaliger deutscher Gebiete in Polen, Tschechien und Rußland bedeutet. Österreich und Tirol sollen wieder Teile dieses „Reiches“ sein.

Sie treten angeblich für das „Selbstbestimmungsrecht“ unterdrückter Nationen ein - auch die „deutsche Nation“ wird ihrer Meinung nach von anderen Nationen - Amerika und Rußland - national unterdrückt.

Sie leugnen selbstverständlich die Tatsache, das Hitlerdeutschland andere Völker unterdrückte und ausrottete, sie leugnen den millionenfachen Mord an den Jüdinnen und Juden.

Obwohl die historischen Tatsachen für jeden ehrlichen Menschen offen zutage liegen, werden sie nicht müde, immer neue angebliche Beweise zu fabrizieren, dass der Holocaust (der Mord an den Jüdinnen und Juden) eine Erfindung der „Siegermächte“ gewesen sei. Sie feiern die „Helden“ des Nationalsozialismus, führen Gedenktage für Rudolf Hess und andere Naziführer durch und „feiern“ in bierseligen Männerstunden „Führers Geburtstag“.

Sie mobilisieren niedrige und menschenfeindliche Einstellungen, vor allem bei jungen Männern, indem sie die Zeit des Faschismus zu einem „goldenen Zeitalter“ verklären, in dem noch Werte wie „Stolz auf das Vaterland“, „Opferbereitschaft“ und „Gemeinschaftssinn“ existierten.

Sie leugnen, dass in der Zeit des Faschismus das Menschenleben gar nichts wert war, dass Millionen von deutschen Männern durch Arbeitsdienste auf ihre bevorstehende Aufgabe vorbereitet wurden, als willenlose Handlanger einen brutalen, mörderischen Krieg gegen andere Völker zu führen, um diese zu versklaven.

Die Zeit des deutschen Faschismus war keineswegs die behauptete „freie Volksgemeinschaft“, sondern die nackte und mörderische Diktatur einer kleinen Clique von skrupellosen und unmenschlichen Männergestalten, die durch gnadenlosen Terror den weitaus größten Teil des übrigen Volkes in einem System von Befehl und Gehorsam unterdrückte.

Eine „deutsche Nation“ existierte zur Zeit des deutschen Faschismus nicht mehr - erst nach der Befreiung durch die Antihitlerkoalition wurden gesellschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen, die es den Deutschen ermöglichten, trotz der in der bisherigen Weltgeschichte einmaligen Verbrechen, wieder einen Platz unter den Völkern einzunehmen.

Mit der Gründung von Bundesrepublik Deutschland im Westen und Deutscher demokratischer Re-

publik im Osten entstanden zwei neue Staaten, die beide erklärten, nie wieder solle auf deutschem Boden Faschismus entstehen, nie wieder solle von deutschem Boden ein Krieg ausgehen.

Mit der Auflösung der DDR und dem Anschluß ihres Staatsgebietes an die Bundesrepublik Deutschland hat der Nationalismus wieder großen Auftrieb erhalten.

Die Bundeswehr wird zunehmend mehr zu einer Armee gemacht, die in die Tradition der Wehrmacht gestellt werden soll.

Schritt für Schritt wurden die rechtlichen Hindernisse beseitigt, die einen Einsatz deutscher Truppen außerhalb des Bundesgebietes untersagten.

Öffentliche Vereidigungen und Gelöbnisse sollen die Bevölkerung dazu mobilisieren, zukünftige Kriegseinsätze deutscher Truppen in allen Teilen der Welt als selbstverständliche „nationale Aufgabe“ zu akzeptieren.

Die zeitweilig starke Friedensbewegung wurde an den Rand gedrängt, die Militarisierung der Gesellschaft geht Schritt für Schritt voran.

Das gemeinsame ideologische Band, das diese Schritte mit den Zielen der Faschisten vereint, heißt „deutsche Interessen“ einer wiedererstarkten „deutschen Nation“.

Die heutige „deutsche Nation“ ist in keinster Weise mehr „national unterdrückt“, geht aber zunehmend dazu über, anderen Nationen ihren Willen aufzuzwingen.

Ihre wirtschaftliche Stärke nutzt die Bundesrepublik Deutschland, um andere Nationen zu erpressen, ihren militärischen Expansionsdrang zu unterstützen.

Die Osterweiterung der NATO wird von der Bundesrepublik führend mit vorangetrieben - Polen, Tschechien, Bulgarien, Ungarn und weitere Staaten werden dann ihre nationale Unabhängigkeit weitgehend an das NATO-Hauptquartier abtreten.

Nationaler Größenwahn war schon eine der Hauptstützen des Hitlerfaschismus - der heutige Nationalismus fördert faschistische Positionen und ihre Akzeptanz in größeren Teilen der Bevölkerung.

Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ wird auf dem Papier anerkannt.

In der Realität werden aber nur solche Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt, die sich deutschen Wirtschaftsinteressen unterordnen.

So wurden auf dem Balkan die Staaten Slowenien und Kroatien als erste von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt.

Das Selbstbestimmungsrecht des albanischen oder des kurdischen Volkes wird dagegen geleugnet, weil es den deutschen Wirtschaftsinteressen nicht förderlich erscheint.

Wenn die Bundesrepublik mit Unterdrückerstaaten gute Geschäfte machen kann, tritt sie für deren staatliche Einheit ein.

Die Faschisten behandeln die Selbstbestimmung anderer Völker ebenfalls nur als Machtfrage.

Sie unterstützen angeblich das palästinensische Volk, aber nur, um auf diesem Wege ihren zügellosen Antisemitismus unters Volk zu bringen.

Wer alle anderen zu „rassisch minderwertigen“ Völkern erklärt, kann nicht ernsthaft als Unterstützer von nationaler Befreiung angesehen werden.

Faschismus und Nationalismus sind „blutsverwandt“ und bedingen sich gegenseitig: Das eine kann ohne das andere nicht existieren.

#### **IV. Faschismus und Männergesellschaft**

„Stärke“, „Ordnung und Sauberkeit“, „Wehrhaftigkeit“, deutsche Pünktlichkeit und Gewaltbereitschaft sind „Tugenden“, die nicht nur von den Faschisten hochgehalten werden.

Diese „Werte“ werden in erster Linie von einer männerdominierten und Männerherrschaft verherrlichenden Gesellschaft herausgebildet. Die Bestrebungen von Frauenbewegungen sind gesellschaftlich wieder in den Hintergrund getreten, nachdem sie zeitweilig stärker und nachhaltiger mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit traten.

Heute wird den Frauen von den reaktionären Kräften - und dies wiederum in Übereinstimmung mit faschistischen Zielen - die Funktion des Gebährens, der familiären Mutterrolle und des sexuell verfügbaren Objektes zugewiesen.

Zwar nehmen Frauen auch in Staat, Politik und Gesellschaft herrschende Funktionen ein, die breite Masse der Frauen wird aber zunehmend aus der Politik verdrängt, es sei denn, sie sind bereit, „mit den Wölfen zu heulen“.

Nicht einmal die Forderung nach sozialer Gleichberechtigung von Frau und Mann ist in dieser Gesellschaft verwirklicht. Im Gegenteil, Frauen werden in erster Linie als Konkurrentinnen um die noch vorhandenen Arbeitsplätze betrachtet und nach Möglichkeit als Konkurrenz ausgeschaltet. In bisher unbekanntem Ausmaß werden Frauen, vor allem aus Osteuropa, als sexuelle Ware gehandelt und dem „Markt“ zugeführt.

Die sexuelle Selbstbestimmung der Frau wird beseitigt und damit werden zugleich ihre demokratischen, sozialen und humanen Grundrechte über Bord geworfen.

Auf der anderen, der 'Männerseite', werden Härte, Durchsetzungsvermögen und die Bereitschaft zur gewaltsamen Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz zu gesellschaftlich anerkannten Verhaltensmustern.

Auf diesem Hintergrund wird „Wehrhaftigkeit“, „soldatische Tugend“ und militärisches Handeln wieder zum Wesen unserer demokratischen Gesellschaft erklärt.

Faschisten nutzen diese Entwicklung in vielerlei Hinsicht:

Bundeswehr und Wehrmacht sind für sie Teil einer Vision von Männerherrschaft, die ideologisch eng mit ihrem rassistischen und nationalistischen Weltherrschaftstraum verknüpft sind.

### B. Wie aktuell ist heute die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland ?

Trotz des Erstarkens faschistischer Organisationen steht die Gefahr einer faschistischen Diktatur in Deutschland nicht unmittelbar bevor.

Aber die historischen Erfahrungen sind äußerst ernst zu nehmen: der Faschismus kommt nicht über Nacht, nicht als Naturereignis und auch nicht durch eine plötzliche Massenpsychose.

Nach wie vor sind die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen in Deutschland und Europa ähnlich denen vor der Zeit des Hitlerfaschismus:

Der erarbeitete Reichtum der Gesellschaft kommt einer kleinen Gruppe zugute, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau sowie einschneidende Eingriffe in die demokratischen Rechte bringen ein Klima hervor, in welchem ein Teil der Herrschenden und ein Teil derjenigen, die gemeinsam mit den Herrschenden einen noch größeren Teil am erarbeiteten Reichtum erlangen wollen, bereit wären, eine faschistische Diktatur über die große Mehrheit zu errichten.

Das Wesen des Faschismus an der Macht ist nicht die Ausmerzung einer gesamten Menschengruppe, wie dies der deutsche Faschismus mit dem europäischen Judentum praktizierte.

Sein gesellschaftliches Wesen besteht in der schrankenlosen Ausbeutung der großen Mehrheit der Bevölkerung und deren völliger Entrechtung.

Sein Wesen besteht zudem in der gnadenlosen Ausschaltung aller Menschen, die diesem Ziel in irgendeiner Form im Wege stehen.

Das waren und werden vor allem die Interessenorganisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Gewerkschaften und alle demokratischen Kräfte sein.

Sein Wesen besteht zudem in einer zügellosen militärischen Aggression nach außen, in dem Bestreben, andere Länder und Völker zu unterwerfen und zu bloßen Arbeitssklaven zu erniedrigen.

Eine solche Entwicklung steht in Deutschland und auch in einem unter deutscher Führung handelnden Europa noch nicht auf der Tagesordnung.

Dennoch ist besonders die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland besonders anfällig für faschistische Diktaturkonzepte, da hier eine zivile und demokratische Gesellschaft nur in Ansätzen erreicht wurde.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre, das Erstarken rassistischer und faschistischer Positionen, wecken aber, insbesondere bei den europäischen Nachbarvölkern, zunehmend Befürchtungen, dass bestimmte gesellschaftliche Kräfte eine erneute faschistische Diktatur errichten könnten.

Der Faschismus ist nicht nur ein terroristisches Projekt der Herrschenden, sondern auch das Ergeb-

nis einer ideologischen Infiltration von Teilen der Bevölkerung mit rassistischen, antidemokratischen und inhumanen Ideen.

Ohne eine Massenbasis kann keine faschistische Herrschaft durchgesetzt werden.

Diese Massenbasis ist zwar aktuell nicht vorhanden, die besondere Gefahr jedoch liegt in einer schleichenden Aushöhlung einer demokratischen und humanen Grundüberzeugung innerhalb der Bevölkerung.

Die Gewöhnung an alltägliche nackte Gewalt gegenüber Fremden und all jenen, die, wie beispielsweise Obdachlose, Behinderte, Homosexuelle oder Punks, dem nationalen und rassistischen Konsens nicht entsprechen, ist besonders alarmierend.

Der Ruf nach dem starken Staat, nach mehr staatlichen Eingriffen in die individuellen Freiheitsrechte zur Sicherung der „Eigentums“ und der „öffentlichen Ordnung“ steht einem demokratischen und selbstbewußten Handeln von Bürgerinnen und Bürgern entgegen.

Der allgemeine Verlust von fortschrittlichen Werten wie Solidarität, Zivilcourage, Friedfertigkeit und sinnvoller Gemeinschaft wird begleitet von zügellosem Egoismus, entfremdetem Individualismus, einer „Spaßkultur“, die immer nur auf Kosten anderer geht, und einer modernen Form von „Helden“- und Idolenverehrung, die durch den Ruf nach einem „neuen Führer“ abgelöst werden könnte.

Ob eine solche Entwicklung voranschreitet, hängt jedoch in erster Linie davon ab, inwieweit Menschen in diesem Land bereit sind, ihr entgegenzutreten, demokratische Initiative zu ergreifen, den alltäglichen rechten Konsens zu durchbrechen und den Weg für eine humane und solidarische Gesellschaft verbreitern.

Diese Kräfte sind zur Zeit noch schwach, weniger in ihrer Zahl als in vielmehr in ihrem gesamtgesellschaftlichen Durchsetzungsvermögen.

Zudem sieht eine große Zahl von Menschen zwar die Rechtsentwicklung in großer Sorge, fühlt sich aber ohnmächtig oder nicht befähigt, ihr entgegenzutreten.

Viele sind abgestumpft oder nur sehr selten bereit, solidarisch zu handeln.

Gerade diese vermutlich große Mehrheit 'passiver' Bürgerinnen und Bürger wollen wir in Zukunft verstärkt ansprechen, um sie zu - wenn auch kleinen - Schritten demokratischer Eigeninitiative zu bewegen. Antifaschismus muss die breite Mehrheit erfassen, sonst werden wir scheitern.

## C. Demokratischer Widerstand und Hoffnung auf die Zukunft

### I. Gesellschaftliche Initiativen der Solidarität

In jüngster Zeit sind zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Aktionen derjenigen Gruppen zur Kenntnis genommen worden, die zu dem am meisten Ausgegrenzten und am wenigsten gesellschaftlich Unterstützten gehören, der Arbeitslosen und der „illegalen“ Flüchtlinge.

Vor allem kirchliche Gruppen und Menschenrechtsinitiativen haben sich für die Interessen der „Schwächsten“ eingesetzt. Arbeitsloseninitiativen sind aktiv geworden in einer Gesellschaft, die seit Jahren die Millionen von Menschen ohne menschenwürdige Existenzbedingungen kaum zur Kenntnis genommen hat.

Mit der Initiative der „Erfurter Erklärung“ und der Bewegung „Kein Mensch ist illegal“ sind Zusammenschlüsse entstanden, die unterschiedlichste politische und soziale Gruppen in dem gemeinsamen Ziel, dem Streben nach mehr sozialer Solidarität und der Ausweitung demokratischen Engagements, vereint.

### II. Antirassistische und internationalistische Gruppen

Insbesondere Teile der antifaschistischen Bewegung, kirchliche Internationalismusgruppen und sozialistische Parteien kämpfen in oft mühevoller und individueller Kleinarbeit für Solidarität mit und praktische Unterstützung von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Ausländerinnen und Ausländer sind in den wenigsten Fällen freiwillig nach Deutschland gekommen, sondern weil die Situation in ihren Heimatländern für sie unerträglich geworden ist. In den meisten Fällen ist diese Situation in diesen Ländern derart gefährlich, dass eine Rückkehr auf absehbare Zeit ausgeschlossen ist.

Diese Menschen wurden und sind somit Mitglieder „unserer“ Gesellschaft, es werden ihnen jedoch in der Regel die minimalsten Rechte, besonders aber die Bürgerrechte, vorenthalten.

Eine Gesellschaft, die mehreren Millionen fremdstämmiger Menschen über Jahrzehnte die grundlegenden demokratischen Rechte nicht zubilligt, kann im Kern selber nicht demokratisch sein.

Die antirassistischen und internationalistischen Kräfte sind nach wie vor gering, doch ihr öffentlicher Druck auf Parteien und Politiker hat zugenommen.

Nach wie vor stehen aber die großen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften und Parteien in der Pflicht, für gleiche demokratische und soziale Rechte aller hier lebenden Menschen einzutreten.

### III. Umwelt- und Naturschutzgruppen

Die Umweltbewegung ist in Deutschland eine der größten gesellschaftlichen Initiativen, die mit ihren Zielen über eine Gesellschaft hinausweist, in der einzig und allein die Kapitalvermehrung das Gesetz des Handelns bestimmt.

Sie hat einen großen Beitrag zu einem wachsenden gesellschaftlichen Bewußtsein geleistet, dass die Ressourcen dieser Welt begrenzt sind und die Menschheit vom Untergang bedroht, wenn keine radikale Änderung erfolgt.

Sie ist allerdings auch eine Bewegung, auf welche faschistische Kräfte durch völkische und biologistische Ideologien Einfluß zu nehmen versuchen.

Auch Teile der antifaschistischen Bewegung versuchen, insbesondere die Anti-Atom-Bewegung auf eine antistaatliche und gegen die Energiekonzerne sich richtende Bewegung zu reduzieren.

Dagegen müssen Positionen entwickelt werden, die die Erkenntnisse und Fortschritte dieser Bewegung zu einer Kraft machen, die sämtliche fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen durchdringen.

Wir fordern kein rückwärtsgewandtes „Zurück zur Natur“, zu einer historisch nie vorhanden gewesenen „Schäferidylle“, sondern eine vorwärtsgerichtete Bewegung, die den Erhalt der Naturgrundlagen der Menschheit mit sozialem und demokratischem Fortschritt verbindet.

Faschismus bedeutet das genaue Gegenteil von Erhalt und sorgfältigem Umgang mit Mensch und Natur, Faschismus, das hat die Geschichte bewiesen, ist bedenkenlose Vernichtung von menschlichen und natürlichen Ressourcen.

Ein faschistischer Weltkrieg würde mit großer Wahrscheinlichkeit die Lebensgrundlagen der Menschheit auf Dauer zerstören und die Welt zu einem toten Gestirn machen.

### IV. Antifaschistische Ziele

Die „Antifa-Bewegung“ ist eine kleine, aber besonders kämpferische gesellschaftliche Kraft.

Ihre Verdienste liegen in ihrer beharrlichen Widerstandstätigkeit gegen faschistische Organisationen und deren öffentlichem Wirken, in ihrer intensiven Recherche- und Aufklärungstätigkeit über faschistische Strukturen und deren politische und ideologische Entwicklungen und in ihrem Bestreben, antifaschistische Zusammenhänge international zu vernetzen.

Ihre Schwäche besteht in einer oft sektiererischen Vernachlässigung anderer gesellschaftliche Kräfte und ihrer männerdominierten Politikform.

„Antifa heißt Angriff“ oder „Tod den Faschistenschweinen“ signalisieren Tendenzen, die Ausdruck einer mitverschuldeten gesellschaftlichen Isolierung sind.

Bestrebungen, den Antifaschismus erneut zu einer Kraft demokratischer und humaner Perspektive zu entwickeln, gehen häufig von den ehemaligen Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus aus, ihre Zahl ist naturgemäß relativ klein, ihr Einsatz dagegen unermüdlich und vorbildlich.

Dennoch sind diese Überlebenden des Hitlerfaschismus allein nicht in der Lage, der gesamten antifaschistischen Bewegung eine breitere demokratische Perspektive zu bieten.

Diejenigen politischen Kräfte innerhalb der „Antifa“, die für eine entschiedene Ausweitung der demokratischen und humanen Inhalte und für eine konsequente Bündnispolitik aller demokratischen Kräfte eintreten, müssen in nächster Zukunft verstärkt ihre Erfahrungen austauschen und neue Konzepte entwickeln.

## Für Frieden und Einigkeit Kurdistans Großdemonstration in Dortmund

Am 6. Juni fand in Dortmund unter der Losung „Für Frieden und Einigkeit Kurdistans“ eine Demonstration statt, an der sich zwischen 45.000 (Schätzung der Polizei) und 150.000 (Schätzung der Veranstalter) Menschen überwiegend kurdischer Herkunft aus mehreren Ländern Europas beteiligten. Nach Auftaktkundgebungen in der Dortmunder Nordstadt und auf einem der Parkplätze des Westfalenparks bewegten sich zwei Marschsäulen zum Platz der Abschlußkundgebung. Dort sprachen nach Ewald Groth (NRW-Landtagsabgeordnetem von Bündnis 90/Die Grünen) Ulla Jelpke (Bundestagsabgeordnete der PDS), Dr. Hans Branscheidt (Vorsitzender von Medico International, Organisator des Friedenszuges „Musa Anter“) und Anker Jörgensen (ehemaliger Ministerpräsident von Dänemark), um nur einige derjenigen zu nennen, die ein Ende des Krieges in Kurdistan und Gewährung elementarer Rechte für das kurdische Volk forderten.

### Eine Gegenüberstellung

„(...) Nach Rangeleien rund um den und im Hauptbahnhof verlagerte sich das Geschehen in die City. Hier hatten sich etwa 300 Demonstranten, von denen laut Polizei ein großes Gewaltpotential ausging, mit Pflastersteinen und Zaunlatten bewaffnet, zogen über den Westenhellweg. An der Kreuzung zur HansasträÙe errichteten sie eine Sitzblockade. Die Polizei kesselte mit großem Aufgebot die Demonstranten ein. (...)“ (Westfälische Rundschau, 18.03.1996)

„Rund 45.000 Kurden (...) demonstrierten am Samstag äußerst friedlich in Dortmund für Frieden und Einigkeit Kurdistans. Zwei Marschzüge bewegten sich ab etwa 12 Uhr durch Dortmund, um zwischen 14 und 15 Uhr am Kundgebungsplatz an den Westfalenhallen einzutreffen. (...) Sehr zufrieden zeigte sich die Polizei mit dem Ablauf der Kundgebung, die nach den Demonstrationen einen Volksfestcharakter annahm. (...) ... reisten die Kurden in Son-

derzügen, per Pkw und 550 Reisebussen aus ganz Deutschland sowie aus der Schweiz, den Niederlanden, aus Frankreich, Italien, Dänemark, Belgien und England schon am frühen Morgen an.“

Und:

„Wie wichtig ihnen ihr Anliegen war, demonstrierten sie beeindruckend friedlich: keinerlei Zwischenfälle.“ (Westfälische Rundschau, 08.06.1998)

1996 wie 1998 waren es im wesentlichen dieselben Ziele, um die es den Demonstrierenden ging. Auch organisatorisch kann von einer Kontinuität ausgegangen werden, wenngleich sich der Kreis der Unterstützer erheblich vergrößert hatte und in ihm der internationale Charakter, den schon der (für das Gebiet der Bundesrepublik verbotene) **Friedenszug „Musa Anter“** hatte, deutlich zum Ausdruck kam. (Unter den Teilnehmern sprach ich auch mit jemandem, der erklärte, daß er der KDP von **Masud Barzani** nahesteht.)

Und trotzdem liegen Welten zwischen beiden Demonstrationen.

Nicht daß sich die Demonstrierenden 1996 tatsächlich so gewaltsam verhalten hätten, wie es damals (nicht nur) die Westfälische Rundschau beschrieb, sie waren sicher nicht so friedlich wie diesmal, aber das hatte damals klar an der Gegenseite gelegen, denn weitaus martialischer war das Auftreten der vom Bundesgrenzschutz unterstützten Polizei gewesen.

In der AntifaZ schrieben wir damals zu der kurzfristig verbotenen Dortmunder Demonstration vom 16.03.1996, zu der auch damals Tausende aus mehreren Staaten Europas angereist waren:

„(...) Demonstrationen der wenigen hundert kurdischen Menschen, die überhaupt bis zum Westenhellweg durchgekommen sind (...). Sie haben großenteils für die Zuschauer unverständliche Parolen (...) gerufen, aber auch: „Deutsche Panzer raus aus Kurdistan!“ Sie waren, sobald sie anfangen, kollektiv Parolen zu rufen, sehr schnell von Polizei und Bundesgrenzschutz eingekesselt, teilweise wurde von berittener Polizei versucht, deutsche Zu-

Eine Gesellschaft, die mehreren Millionen fremdstämmiger Menschen über Jahrzehnte die grundlegenden demokratischen Rechte nicht zubilligt, kann im Kern selber nicht demokratisch sein.

Die antirassistischen und internationalistischen Kräfte sind nach wie vor gering, doch ihr öffentlicher Druck auf Parteien und Politiker hat zugenommen.

Nach wie vor stehen aber die großen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften und Parteien in der Pflicht, für gleiche demokratische und soziale Rechte aller hier lebenden Menschen einzutreten.

### III. Umwelt- und Naturschutzgruppen

Die Umweltbewegung ist in Deutschland eine der größten gesellschaftlichen Initiativen, die mit ihren Zielen über eine Gesellschaft hinausweist, in der einzig und allein die Kapitalvermehrung das Gesetz des Handelns bestimmt.

Sie hat einen großen Beitrag zu einem wachsenden gesellschaftlichen Bewußtsein geleistet, dass die Ressourcen dieser Welt begrenzt sind und die Menschheit vom Untergang bedroht, wenn keine radikale Änderung erfolgt.

Sie ist allerdings auch eine Bewegung, auf welche faschistische Kräfte durch völkische und biologistische Ideologien Einfluß zu nehmen versuchen.

Auch Teile der antifaschistischen Bewegung versuchen, insbesondere die Anti-Atom-Bewegung auf eine antistaatliche und gegen die Energiekonzerne sich richtende Bewegung zu reduzieren.

Dagegen müssen Positionen entwickelt werden, die die Erkenntnisse und Fortschritte dieser Bewegung zu einer Kraft machen, die sämtliche fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen durchdringen.

Wir fordern kein rückwärtsgewandtes „Zurück zur Natur“, zu einer historisch nie vorhanden gewesenen „Schäferidylle“, sondern eine vorwärtsgerichtete Bewegung, die den Erhalt der Naturgrundlagen der Menschheit mit sozialem und demokratischem Fortschritt verbindet.

Faschismus bedeutet das genaue Gegenteil von Erhalt und sorgfältigem Umgang mit Mensch und Natur, Faschismus, das hat die Geschichte bewiesen, ist bedenkenlose Vernichtung von menschlichen und natürlichen Ressourcen.

Ein faschistischer Weltkrieg würde mit großer Wahrscheinlichkeit die Lebensgrundlagen der Menschheit auf Dauer zerstören und die Welt zu einem toten Gestirn machen.

### IV. Antifaschistische Ziele

Die „Antifa-Bewegung“ ist eine kleine, aber besonders kämpferische gesellschaftliche Kraft.

Ihre Verdienste liegen in ihrer beharrlichen Widerstandstätigkeit gegen faschistische Organisationen und deren öffentlichem Wirken, in ihrer intensiven Recherche- und Aufklärungstätigkeit über faschistische Strukturen und deren politische und ideologische Entwicklungen und in ihrem Bestreben, antifaschistische Zusammenhänge international zu vernetzen.

Ihre Schwäche besteht in einer oft sektiererischen Vernachlässigung anderer gesellschaftliche Kräfte und ihrer männerdominierten Politikform.

„Antifa heißt Angriff“ oder „Tod den Faschistenschweinen“ signalisieren Tendenzen, die Ausdruck einer mitverschuldeten gesellschaftlichen Isolierung sind.

Bestrebungen, den Antifaschismus erneut zu einer Kraft demokratischer und humaner Perspektive zu entwickeln, gehen häufig von den ehemaligen Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus aus, ihre Zahl ist naturgemäß relativ klein, ihr Einsatz dagegen unermüdlich und vorbildlich.

Dennoch sind diese Überlebenden des Hitlerfaschismus allein nicht in der Lage, der gesamten antifaschistischen Bewegung eine breitere demokratische Perspektive zu bieten.

Diejenigen politischen Kräfte innerhalb der „Antifa“, die für eine entschiedene Ausweitung der demokratischen und humanen Inhalte und für eine konsequente Bündnispolitik aller demokratischen Kräfte eintreten, müssen in nächster Zukunft verstärkt ihre Erfahrungen austauschen und neue Konzepte entwickeln.

## Für Frieden und Einigkeit Kurdistans Großdemonstration in Dortmund

Am 6. Juni fand in Dortmund unter der Losung „Für Frieden und Einigkeit Kurdistans“ eine Demonstration statt, an der sich zwischen 45.000 (Schätzung der Polizei) und 150.000 (Schätzung der Veranstalter) Menschen überwiegend kurdischer Herkunft aus mehreren Ländern Europas beteiligten. Nach Auftaktkundgebungen in der Dortmunder Nordstadt und auf einem der Parkplätze des Westfalenparks bewegten sich zwei Marschsäulen zum Platz der Abschlußkundgebung. Dort sprachen nach Ewald Groth (NRW-Landtagsabgeordnetem von Bündnis 90/Die Grünen) Ulla Jelpke (Bundestagsabgeordnete der PDS), Dr. Hans Branscheidt (Vorsitzender von Medico International, Organisator des Friedenszuges „Musa Anter“) und Anker Jörgensen (ehemaliger Ministerpräsident von Dänemark), um nur einige derjenigen zu nennen, die ein Ende des Krieges in Kurdistan und Gewährung elementarer Rechte für das kurdische Volk forderten.

### Eine Gegenüberstellung

„(...) Nach Rangeleien rund um den und im Hauptbahnhof verlagerte sich das Geschehen in die City. Hier hatten sich etwa 300 Demonstranten, von denen laut Polizei ein großes Gewaltpotential ausging, mit Pflastersteinen und Zaunlatten bewaffnet, zogen über den Westenhellweg. An der Kreuzung zur HansasträÙe errichteten sie eine Sitzblockade. Die Polizei kesselte mit großem Aufgebot die Demonstranten ein. (...)“ (Westfälische Rundschau, 18.03.1996)

„Rund 45.000 Kurden (...) demonstrierten am Samstag äußerst friedlich in Dortmund für Frieden und Einigkeit Kurdistans. Zwei Marschzüge bewegten sich ab etwa 12 Uhr durch Dortmund, um zwischen 14 und 15 Uhr am Kundgebungsplatz an den Westfalenhallen einzutreffen. (...) Sehr zufrieden zeigte sich die Polizei mit dem Ablauf der Kundgebung, die nach den Demonstrationen einen Volksfestcharakter annahm. (...) ... reisten die Kurden in Son-

derzügen, per Pkw und 550 Reisebussen aus ganz Deutschland sowie aus der Schweiz, den Niederlanden, aus Frankreich, Italien, Dänemark, Belgien und England schon am frühen Morgen an.“

Und:

„Wie wichtig ihnen ihr Anliegen war, demonstrierten sie beeindruckend friedlich: keinerlei Zwischenfälle.“ (Westfälische Rundschau, 08.06.1998)

1996 wie 1998 waren es im wesentlichen dieselben Ziele, um die es den Demonstrierenden ging. Auch organisatorisch kann von einer Kontinuität ausgegangen werden, wenngleich sich der Kreis der Unterstützer erheblich vergrößert hatte und in ihm der internationale Charakter, den schon der (für das Gebiet der Bundesrepublik verbotene) **Friedenszug „Musa Anter“** hatte, deutlich zum Ausdruck kam. (Unter den Teilnehmern sprach ich auch mit jemandem, der erklärte, daß er der KDP von **Masud Barzani** nahesteht.)

Und trotzdem liegen Welten zwischen beiden Demonstrationen.

Nicht daß sich die Demonstrierenden 1996 tatsächlich so gewaltsam verhalten hätten, wie es damals (nicht nur) die Westfälische Rundschau beschrieb, sie waren sicher nicht so friedlich wie diesmal, aber das hatte damals klar an der Gegenseite gelegen, denn weitaus martialischer war das Auftreten der vom Bundesgrenzschutz unterstützten Polizei gewesen.

In der AntifaZ schrieben wir damals zu der kurzfristig verbotenen Dortmunder Demonstration vom 16.03.1996, zu der auch damals Tausende aus mehreren Staaten Europas angereist waren:

„(...) Demonstrationen der wenigen hundert kurdischen Menschen, die überhaupt bis zum Westenhellweg durchgekommen sind (...). Sie haben großenteils für die Zuschauer unverständliche Parolen (...) gerufen, aber auch: „Deutsche Panzer raus aus Kurdistan!“ Sie waren, sobald sie anfangen, kollektiv Parolen zu rufen, sehr schnell von Polizei und Bundesgrenzschutz eingekesselt, teilweise wurde von berittener Polizei versucht, deutsche Zu-

*schauer zu verjagen. Von überall aus den zweiten Stockwerken der Geschäfte wurde der Zug mit Kameras aufgenommen. Zaunlatten und Pflastersteine habe ich nicht gesehen, abgesehen von einem Pflasterstein, der schon vorher dort lag, wo wenig später der Zug eingekesselt wurde und sich dann zum (...) Sitzstreik an der HansasträÙe (...) niederließ. (...) In den Medien (...) erging man sich da in wüsten Phantasien. (...) Nur BILD widersprach sich mit seiner gegen Kurden schlechthin gerichteten Hetze selbst - dort wurde ein Foto gezeigt, auf dem ein großes Transparent „Für eine politische Lösung in Kurdistan“ wiedergegeben war; dieses Transparent hatten die Demonstrierenden entrollt, und dafür traten sie ein.“ (AntifaZ Nr. 59, Mai/Juni 1996)*

Wir hatten darauf hingewiesen, daß nicht etwa die Demonstrierenden, wohl aber die Polizisten - in den Medien beschworenen, aber illusionären - Landfrieden gebrochen hatte.

Bei der Demonstration am 06.06.1998 dagegen **signalisierte schon das äußere Erscheinungsbild auch seitens der Polizei deutliches Einverständnis mit**

### **dem Recht der kurdischen Menschen, ihr Anliegen zum Ausdruck zu bringen.**

Und seitens der Organisatoren war mit einem großen Aufgebot an durch ihre Armbinden deutlich erkennbaren Ordnern gleichfalls für einen sehr geordneten Ablauf Sorge getragen worden.

Während noch 1996 kleine Papierfähnchen der **Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)** für hektische Unruhe unter Bundesgrenzschützern und Polizisten gesorgt hatten, konnten

diesmal die Fahnen der ERNK offen mitgeführt werden, ohne daß dies zu Störungen geführt hätte.

Auf Transparenten und Papptafeln sowie in Flugblättern wurde versucht, der deutschen Bevölkerung klar zu machen, worum es ging. Auch Panzerattrappen wurden mitgeführt, die deutlich machten, daß der türkische Staat gegen das kurdische Volk einen barbarischen Krieg führt.

### **Die kurdische Sache, für die demonstriert wurde**

Die Medien gingen zwar sehr viel freundlicher als vor 2 Jahren mit den Demonstrierenden um, dennoch erfuhren die Leser etwa der Westfälischen Rundschau kaum etwas über die Hintergründe, die zu dieser Demonstration geführt hatten. Dabei hätten sie nur aus dem Flugblatt der Veranstalter zu zitieren brauchen, das in seiner prägnanten Kürze wie eine Presseerklärung abgefaßt war. Tun wir das also:

„In diesen Tagen starten von türkischen Militärbasen in Diyarbakir unablässig Hunderte von Militärmaschinen, die das Gebiet rund um die Städte Bingöl und Sirnak bombardieren. 40.000 Soldaten hat das türkische Militär erneut aufgeboten, um die Politik der verbrannten Erde in Kurdistan mit unverminderter Härte fortzusetzen. Seit Beginn des Krieges



*ERNK-Fahnen: Polizei griff nicht ein!*

wurden auf diese Weise mehr als 3.500 kurdische Dörfer in Schutt und Asche gelegt. Mehr als 30.000 Menschen kamen dabei ums Leben, und Millionen Flüchtlinge sind gezwungen, ein erbärmliches Leben in den Elendsvierteln der Großstädte zu fristen oder ins Exil zu gehen.

*Auch im Westen der Türkei haben die Auswirkungen des Krieges soziales Elend über die Bevölkerung gebracht. Darüber hinaus führt die türkische Regierung auch dort den Krieg mit anderen Mitteln fort. Oppositionelle verschwinden am helllichten Tag, Demokraten werden verhaftet, gefoltert und ermordet, kritische Intellektuelle (wie der Soziologe **Ismail Besikci**)\* zu mehreren hundert Jahren Gefängnis verurteilt. In einem Schauprozeß vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara sieht die HADEP-Partei-spitze ihrer Verurteilung und dem Verbot ihrer Partei entgegen. Erst vor wenigen Wochen wurde in Ankara der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (**Akin Birdal**)\* Opfer eines Attentats rechtsradikaler Todeschwadronen. Polizeieinheiten überfielen die 'Samstagsmütter', die allwöchentlich in Istanbul für die Aufklärung der an ihren verschwundenen Verwandten begangenen Verbrechen demonstrieren.*

Dies kann so nicht weitergehen.

*Immer wieder haben kurdische Parteien, Organisationen und Personen des öffentlichen Lebens die Notwendigkeit betont, Verhandlungen zu beginnen. Der Frieden ist heute nötiger denn je. Die türkische Seite darf sich dem Verhand-*

*lungstisch nicht länger entziehen. Daher müssen die europäischen Staaten ihren Einfluß nützen, den entsprechenden Druck auf die türkische Regierung auszuüben.*" (\* eingefügt)

Gefordert wurden:

- **Frieden und Gleichheit zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk**
- **ein sofortiger Waffenstillstand in Kurdistan**
- **die Aufnahme von Gesprächen über eine politische Lösung des Konflikts**
- **ein Stopp von Rüstungsexporten und Militärhilfe an die Türkei**
- **die Einstellung der systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Regierung**
- **ein bedingungsloser Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei**
- **die Aufhebung des Verbots der Betätigung der kurdischen Vereine einschließlich der PKK.**

Beim letzten Punkt wird die Veränderung des politischen Klimas in Deutschland spürbar. Bundesinnenminister **Kanther** hat bereits vor einigen Monaten erklärt, daß die PKK nicht mehr länger als eine terroristische Vereinigung angesehen werde, den (von Großbritannien, obwohl dort die ERNK nicht verboten war, auf Drängen der Bundesregierung festgenommenen und an Deutschland ausgelieferten) Vorsitzenden der Europavertretung der ERNK, **Kani Yilmaz**, auf freien Fuß setzen lassen, eine formelle Aufhebung des „PKK-Verbots“ bisher jedoch noch nicht folgen lassen.

**Veränderung der politischen Konstellation**

Im freundlichen Umgang mit

der Dortmunder Demonstration kommt zum Ausdruck, daß die Bundesregierung keine „Belange der Bundesrepublik Deutschland“ mehr durch die kurdische Guerilla bedroht sieht. Bereits seit Jahren hat sich in dem Kurs, wie er von dem PKK-Vorsitzenden **Abdullah Öcalan** angesteuert wird, eine Konstellation herauskristallisiert, die derjenigen im Konflikt zwischen Israel und der PLO vor der durch die USA erwirkten Aufnahme von offiziellen Verhandlungen zwischen beiden Seiten vergleichbar ist. Der „sero Apo“ (Führer Onkel), wie Öcalan genannt wird, wird dabei immer deutlicher als ein kurdischer **Yassir Arafat** gehandelt; die Ziele der von ihm vertretenen Organisationen sind nach Jahren politisch erfolglos gebliebenen militärischen Widerstandskampfes und infolge politischer Schwächung durch ein von teilweise blutigen Auseinandersetzungen und Verrat geprägtes Klima in den Reihen der kurdischen Freiheitskämpfer entsprechend „bescheidener“ und damit für die imperialistischen Mächte als Verhandlungsbasis akzeptabler geworden.

Der Staat Türkei soll territorial nicht mehr angetastet werden, der kurdischen Bevölkerung ihre eigene sprachliche und kulturelle Identität gewährt werden, eventuell in einem föderierten Staat. Ein Friede in den Südostprovinzen der Türkei könnte auch zu einer wirtschaftlichen Entwicklung und Nutzung des dortigen Staudammprojekts (GAP) führen - mit sich daraus ergebenden profitablen Aufträgen für Kraftwerksbauten an Firmen wie Siemens. Ein auf eine Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gestützter und von der PDS mit

Wohlwollen behandelter Kanzler Schröder wird daher wohl - so er denn gewählt werden sollte - kurz nach Amtsantritt das „PKK-Verbot“ aufheben.

**Dortmunder Geschäftsleute, die die Welt nicht mehr begreifen**

Reaktionäre bis faschistische Äußerungen kamen aus Kreisen von Händlern und La-

etwa von erfrischenden Getränken auch an Kunden, die an der Demonstration teilnahmen, einzu-richten), erwiesen sich dabei als ebenso instinktlos wie die Vertreter des Handels und Anbieter „a la carte“, die die Demonstration der Kurden und die dadurch für etwa 2 Stunden erforderlichen polizeilichen Abspermaßnahmen zur Ursache für einen um etwa 30 % hinter ihren Erwartungen zu-

sich jetzt auch bekennen. (...) Und wir haben die Torte im Auge!“

Faschistisch äußerten sich mehrere Leserbriefe, worin sich z.B. Händler anmaßen, für die gesamte Bevölkerung von Dortmund und Umgebung zu sprechen, und wie Rohrspatzen auf Polizeipräsidium, Oberbürgermeister, Grüne und Kurden schimpften. So der Händler **Manfred Otten**:

**Otten:**

„Die Bürger und Bürgerinnen aus Dortmund und dem Umfeld haben still gegen das Verkehrschaos entlang der Kurdendemonstration protestiert. Sie wollten einfach das Geschrei und Getrommele in der Innenstadtstraße nicht hören und nicht sehen. Es waren Abgeordnete von den Grünen, die uns die Stimmung zu dem Fest und die leeren Geschäfte in der Innenstadt beschert haben.“

In diesen Chor reiht sich auch ein **Wolf Hettwer** ein, der solche Töne findet:

„Bravo, Herr Polizeipräsident Schulze. Mit Ihrer Zustimmung zur

Demo der Kurden entsprechen Sie dem größten Wunsch der Bevölkerung. Selbstverständlich müssen Veranstaltungen deutscher Staatsbürger vor Demos von Gästen, Ausländern und Sylanen zurückstecken. Autos deutscher Steuerzahler, die nach Dortmund kommen, um ihr Geld hierzulassen und dazu beitragen, Arbeitsplätze zu erhalten, werden bei Parkplatzüberschreitungen rigeros abgeschleppt. Von



„Schluß mit dem schmutzigen Krieg“

denbesitzern der Dortmunder Innenstadt, die angeblich vor einem „wirtschaftlichen Scherbenhaufen“ (Manfred Otten) standen, für den sie diejenigen verantwortlich machten, die die Demonstration erlaubt hatten. Geschäftsleute des Dortmunder Kreuzviertels, die aus Furcht vor Randalen „schwarze Sheriffs“ mit scharfen Hunden vor ihren Läden (z.B. Rewe) patrouillieren ließen oder ihre Läden einfach verriegelt hatten (statt sich auf Verkäufe

rückgebliebenen Gewinn erklärten.

So schimpfte etwa der Einzelhandelsvorsitzende **Axel Voßschulte**:

„Für die 23.000 Männekes sperren die die Straßen! Für eine Kurdendemo, die wir gar nicht wollten. Und ganz sicher nicht an diesem Tag!“

Der Karstadt-Direktor **Siegfried Reger** schimpfte:

„Ein Unding! Sauerei! Wer das bewilligt hat, der soll

Deutschen ist ja Geld zu holen. Daß der Polizeipräsident durch sein Verhalten bester Erzieher zur Ausländerfeindlichkeit wird, will er nicht verstehen. Freiheit mit Frechheit zu verwechseln, steht Niemanden an, auch keinem Polizeibeamten oder Ausländer!“ (Fehler im Original!)

Allerdings waren auch andernorts, wo keine Demon-

stration stattfand, an diesem Tag ähnliche Gewinneinbußen zu verzeichnen, die weit eher in kleiner gewordenen Portemonnaies möglicher Kunden und in dem nicht gerade zum Einkaufsbummel einladenden, zwischen sturmgepeitschten Regenschauern und prallem Sonnenschein wechselnden „Aprilwetter“ mit Temperaturschwankungen zwischen 15 und 30 Grad ihre Ursachen hatten.

**„Die gar erschreckliche Geschichte von den sieben Schwaben“**

Unter zahlreichen Organisationen, die sich an der Dortmunder Demonstration beteiligt haben, stach als besonders kampfbetont eine hervor, die mit ihren rund 200 Leuten mannhaft drei



Ramazan vom IFV Recklinghausen als Ordner aktiv

sehr große Transparente durch Wind und Wetter trug. Ihre überwiegend jugendlichen Mitglieder waren leuchtend rot uniformiert und trugen rote Schirmmützen mit der neongelben Reklameaufschrift „MLKP“. Der forsche Einlauf dieser jungen, im Kampf gestählten Gladiatoren auf dem Kundgebungsplatz und deren heroisches Unterfangen, einen medienwirksamen Platz direkt vor der Rednerbühne zu ergattern, hat ganz gewiß bei den als Ehrengästen anwesenden über hundert teilweise schwer kriegsversehrten Guerilleros der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), die immerhin seit rund 15 Jahren einer der bestausgerüsteten und kampfstärksten, zugleich aber auch brutalsten und skrupellosesten Armeen der Welt

getrotzt und sie gelegentlich auch das Fürchten gelehrt hat, gehörigen Respekt abgenötigt haben, indem sie - nach vorne durchlaufend - ihnen keck den Rücken zuwandten und den freien Blick auf die Bühne verstellten, noch ehe der erste Redner das Wort ergriff, sich dann aber doch dem sanften Druck der herbeigeeilten Ordner fügten und an den Rand bequemten. Ihr zirkusreifer Auftritt hat mich an die Sage von dem Mäuschen erinnert, das sich vom Elefanten dessen Badehose ausleihen wollte.

KD



**Menschenrechte für die Frau 2/98**

Die Zeitschrift von TERRE DES FEMMES

- Frauenrechtsverletzungen in China
- Die Textilindustrie in Shenzhen/China
- Verhandlungen mit dem Otto Versand

TERRE DES FEMMES, PF 2565, 72015 Tübingen  
Tel. 07071/7973-0, Fax 07071/7973-22.  
Bitte 6,50 DM + 2 DM Versandkosten in Briefmarken beilegen.

Theater Kunst

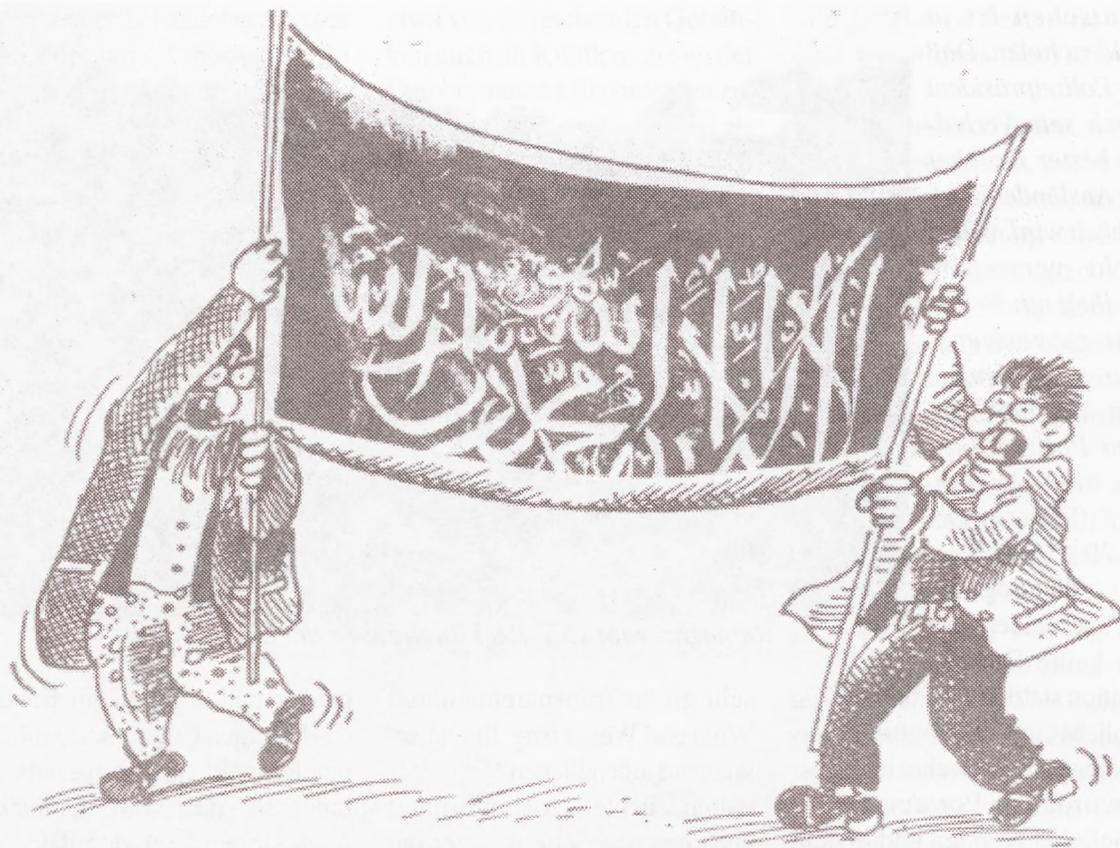
Jonglieren

Artistik

**BALANCE**

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5  
Ökungsaberc 10<sup>er</sup>-18<sup>er</sup>  
Samstage 10<sup>er</sup>-14<sup>er</sup> & langer Samstag



## DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN

Seit einiger Zeit beschäftigt die „Kopftuchfrage“ erneut die Tagesordnung der Türkei. Was momentan diskutiert wird, hat jedoch wenig mit der klassischen Kopfbedeckung der moslemischen Frauen zu tun. Die normale Kopfbedeckung, die von vielen Frauen vor allem auf dem Lande getragen wird, hat mit der heutigen Forderung einiger reaktionärer Kreise nichts zu tun. Hinter den heutigen Forderungen steckt eine religiös-fundamentalistisch motivierte Ideologie.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei kam es im März/April d.J. an der Istanbuler Universität zu gemeinsamen Protesten von Faschisten (MHP,BBP), Islamisten (Refah, IBDA-C, Müslüman Genclik,

Hizbullah) und „Sozialisten“ (ÖDP, EMEP + einige „radikale Linke“), die von allen Seiten als „historisches Ereignis“ gefeiert wurden. Die Bilder, die man sehen konnte, hätte keiner vorher für möglich gehalten: Man konnte Faust-Zeichen, IBDA-C-Zeichen und Wolfszeichen Seite an Seite beobachten. Einige sich „links“ nennende Studierende haben im Namen der „Demokratie“ und der „Menschenrechte“ die Proteste dieser reaktionären Kreise unterstützt. In Begleitung von „Allahuekbar“-Rufen haben „Linke“ gemeinsam mit Faschisten Slogans gerufen wie „Schulter an Schulter gegen den Faschismus“, „Glaubensfreiheit“, „Gedankenfreiheit“. Am meisten freute sich die radikal-islamistische Presse: „Linke und rechte Hände schlie-

ßen sich fest zusammen und sprechen mit einer gemeinsamen Stimme. Dieser Stimme müssen wir Beifall zollen.“(1)

Es ist lange bekannt, dass die Grenzen zwischen Rechtsextremisten und Islamisten in der Türkei fließend sind. Doch, dass sich auch einige „Linke“ im Namen der „Freiheit“ zum Spielball dieser Kreise machen würden, hätte vorher sicherlich kaum einer für möglich gehalten.

Selbstverständlich soll die persönliche Art der Kleidung nicht durch den Staat eingeschränkt werden, doch der Schleier ist nicht mehr einfach ein Schleier, sondern er hat heute eine Symbolfunktion. Fast alle Symbole, die zur Kennzeichnung der neuen islamischen Identität genutzt werden, verstehen sich als

Politikum, d.h. sie sollen bewußt der Öffentlichkeit die Zugehörigkeit zur politischen islamischen Gemeinschaft ausweisen. Mit der Verhüllung symbolisieren sie religiöse und gesellschaftliche Rückständigkeit und die Unterdrückung der Frau. Darüberhinaus ist das „Kopftuch“ weit mehr als ein Erkennungsmerkmal für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten religiösen Gruppe. Es steht für eine islamische Orthodoxie, die letztlich mit den Grundsätzen eines modernen Staates unvereinbar ist. Demnach machen sich diejenigen, die das „Kopftuch“ an Schulen/Hochschulen dulden, aus falsch verstandener Toleranz zum Unterstützer des islamischen Fundamentalismus.

Wenn die kurdische PKK solche Proteste unterstützt, kann man sie nachvollziehen, da sie offen zugibt, dass sie vom Chaos nur profitieren kann. Seit Jahren propagiert sie nicht nur völkisch-nationale Elemente, sondern zunehmend werden auch islamistische Tendenzen betont. Sie greift offen auf den Islam zurück und schlägt sogar ein Bündnis mit den Islamisten vor. Dass sich „endlich“ „Linke und Islamisten“ gemeinsam gegen das „ungläubige kemalistische Regime“ wehren, hat besonders die Befreiungskrieger der PKK gefreut. So hieß es während dieser Proteste: „Diesem Unterdrückungssystem müssen wir mit dem Dschihad (Heiliger Krieg) begegnen.“ (2)

Einige Kreise neigen absurderweise - bewußt oder unbewußt - dazu, die Annäherung von diesen „Linken“ an die Islamisten mit der Theologie der Befreiung in Lateinamerika zu vergleichen. Indem die Kirche sich zur modernen Welt geöffnet hat,

konnte sie den sozialen Konflikten nicht mehr aus dem Weg gehen, von denen diese Welt zerrissen ist. In diesem Kontext wurden viele Christen in Lateinamerika - zunächst vor allem Intellektuelle (Theologen, Jesuiten, Studenten) - schließlich von marxistischen Analysen und Vorschlägen angezogen. Die marxistischen Christen existieren; das ist ein unleugbares Faktum. Die Annäherung zwischen Christen und Marxisten in Lateinamerika war nicht nur taktischer Natur. Sie war die zwangsläufige Folge einer unmenschlichen Gesellschaftsform, die sowohl dem humanistischen Solidarprinzip des Christentums als auch dem Sozialismus zuwider sein mußte. Deshalb konnte man auch nicht nur von einem Bündnis sprechen, sondern von einer organisierten Einheit. Denn die Christen wurden ein wesentlicher Bestandteil der revolutionären Bewegung und in einigen Fällen sogar der marxistischen Avantgarde.

Doch im Islam, der sich bis heute gegen jede reformistische Bestrebung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzt, gilt nach wie vor: „Nur ein toter Kommunist ist ein guter

Kommunist“.

Fanatischer Antikommunismus sowie der Kampf gegen jeglichen gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt zeichnet seine Politik aus. Alle nicht orthodoxen Moslems werden weiterhin als „Ungläubige“ und „Menschen zweiter Klasse“ oder als potentielle Gegner bzw. Feinde bezeichnet und behandelt.

### Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit

Wenn wir uns vor Augen führen, welche Scharia-Gruppen die Hauptorganisatoren der Proteste waren, dann wird deutlich, welches Ziel sie in Wirklichkeit verfolgen: Müslüman Genclik, Hizbullah, IBDA-C. Der Vorsitzende der Müslüman Genclik, Mehmet Günay, verbrachte beispielsweise zehn Jahre seines Lebens bei dem afghanischen CIA-Drogenbaron Gülbeddin Hekmetyar. An den Protesten nahmen vor allem solche Radikal-Islamisten teil, die ihre Ausbildung in Afghanistan und im Sudan erhielten. „Unter den Protestierenden am 27. Februar waren 1500-1700 Frauen, 4000-4500 waren männliche Demonstranten, die keine Studenten waren (Es fiel

**BUCHLADEN**

**TARANTA BABU**



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK  
 • SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND  
 SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •  
 • ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •  
 • MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA  
 Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00  
 Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)  
 44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

nicht schwer, die genaue Zahl von männlichen und weiblichen Demonstranten festzustellen, da sie nach dem islamischen Gesetz getrennt marschierten.“ (3)

Selbst für die MHP-Propagandazeitung Ortadogu verfolgten die Protestierenden andere Ziele: „...die Aktionen sind nicht irgendwelche Aktionen für die Freiheit des Kopftuches. Trotz der nachgiebigen Haltung der Universitäts-Führung gehen die Proteste weiter. Dies zeigt, dass sie andere Absichten verfolgen.“ (4)

Das Ziel der islamischen Bewegung liegt in der Zerstörung des laizistischen Systems in der Türkei und in der Errichtung eines Scharia-Staates. Um ihr Ziel verwirklichen zu können, sucht sie die Zusammenarbeit mit allen politischen und religiösen Gruppierungen, die gegen das System eingestellt sind. Sie propagierten sogar, dass sie gemeinsam mit einigen „Linken“ eine Front gegründet hätten. (5)

Der Gottesstaat und totalitäre Regimes sind mit einem Demokratieverständnis nicht vereinbar. Man darf diesen reaktionären Kräften die Demokratie nicht zum Werkzeug zur Erlangung ihrer Ziele degradieren lassen. Recep Tayyip Erdogan, der islamische Bürgermeister von Istanbul, bringt es auf den Punkt: „Die Demokratie ist für uns eine Straßenbahn. Wir fahren mit ihr bis zur Haltestelle, wo es uns paßt, und dann steigen wir aus.“ (6)

Es ist unverständlich, wie einige „Linke“ ihr eigenes Grab schaufeln können. Schließlich sind es dieselben reaktionären Kreise, die Jahr für Jahr im Fastenmonat Ramadan Studenten umbringen, weil sie angeblich nicht fasten. Wenn sie in die Nähe der Macht kommen, wird den „Linken“, die

heute gemeinsam mit ihnen protestieren, nichts anderes übrig bleiben, als sich entweder zu verschleiern, das Land zu verlassen oder den Kopf zu verlieren. Denn das wären die Alternativen in einem Scharia-Staat. Das 1993 von Islamisten angezettelte Pogrom in Sivas, bei dem 36 alevitische Intellektuelle in einem Hotel verbrannt wurden, zeigt, dass bei den Islamisten in der Türkei ein gewalttätiges Potential vorhanden ist, um ihre Ziele durchzusetzen.

Halten die Islamisten die Macht erst einmal in den Händen, lassen sie nur ihr Demokratieverständnis und nur ihre Koran-Auslegung gelten. Wie tödlich gemeinsame Proteste mit Islamisten enden können, hat das iranische Beispiel am deutlichsten gezeigt. Es gab im Iran die kommunistische TUDEH-Partei, die um das Vielfache stärker war als alle heutigen sozialistischen Kräfte in der Türkei zusammen. Sie marschierten mit Mullahs Seite an Seite gegen das raktionäre Schah-Regime. Und als die Mullahs schließlich mit Hilfe der Sozialisten und Kommunisten ihre „Revolution“ verwirklichten, waren nun die „Ungläubigen“ an der Reihe. Das Terror-Regime der Mullahs war für die iranische Linke hundertmal schlimmer als die Monarchie. Sie liquidierten in kürzester Zeit mehr Linke als alle iranischen Regierungen in diesem Jahrhundert zusammen.

Diejenigen „Linken“, die sich heute zum Spielball der Islamisten in der Türkei machen, sollten sich fragen, was aus den Mitgliedern der Tudeh-Partei geworden ist, wie sie zu Tausenden hingerichtet wurden. Was mußten die weiblichen Mitglieder alles über sich ergehen lassen, bevor sie hingerichtet wurden?

Aus falsch verstandener Toleranz darf kein Demokrat die

Augen vor Entwicklungen verschließen, die geeignet sind, die menschlichen Grundwerte zu erschüttern.

(F. Aslan)

- (1) Yeni Safak, 26. Februar 1998
- (2) Özgür Politika, 8. April 1998
- (3) Sosyalizm Yolunda KIZIL BAYRAK, 7. März 98, Nr. 46
- (4) Ortadogu, 4. März 1998
- (5) Aydinlik, 29. März 1998
- (6) Hürriyet, 23. März 1998

*Deja la vida volar  
Lass das Leben fliegen*



**Konzert**

zum 25. Jahrestag  
der Ermordung von  
**Victor Jara**

**Inti-Ilumani**  
**Hannes Wader**  
**Maria Farantouri**  
**Zupfgeigenhansel**  
**Petros Pandis**  
**Oscar Andrade**

(Änderungen vorbehalten!)

**11.09.98**

**Westfalenhalle Dortmund**

Einlass 18.00  
Beginn 19.00  
Karten bundesweit in den  
CTS-Ticketshops  
38,-DM + VVK-Gebühren  
Eine Veranstaltung der  
Verlag 'pläne' GmbH  
zugunsten der  
Fundacion Victor Jara  
Hotline:  
Tel: 0231/1204666

## NPD-FASCHISTEN PLANEN AUFMARSCH GEGEN DIE AUSSTELLUNG „VERBRECHEN DER WEHRMACHT“ IN MÜNSTER

Für den 19. September 1998 hat die NPD/JN in Münster eine bundesweite Demonstration und Kundgebung auf dem Münsteraner Hindenburgplatz angekündigt. Die Nazi-Demonstration soll sich gegen die zu diesem Zeitpunkt in Münster stattfindende Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ richten und die Reihe faschistischer Provokationen gegen diese Ausstellung fortsetzen.

Am 20. Juni fand deshalb in Münster ein Vorbereitungstreffen von Antifas aus Münster sowie VertreterInnen antifaschistischer Organisationen aus dem Münsterland, dem Ruhrgebiet sowie aus Bonn (Antifa-Jugendfront Bonn) sowie Düsseldorf (Antifa-KOK) statt.

Anwesend auch Vertreter der Zeitschriften „Der rechte Rand“ und der „AntifaZ“. Eingeladen zu diesem Treffen hatte die Münsteraner Antifa-Gruppe MAFIA („Münsteraner Antifaschisten für innere Angelegenheiten“).

Zu Beginn stellte ein Vertreter der MAFIA kurz dar, welche faschistischen und rechtskonservativen Kräfte in Münster und Umgebung agieren: Die Münsteraner NPD besteht aus 10-15 Leuten ohne Basis, eine faschistische Skin-Szene existiert nicht. Faschistische Kader im Münsteraner Umland sind Erwin Kemna in Steinfurt und Uschi Winkelsepp

in Ottmarsbocholt/Bösensell. Relativ aktiv sind rechte Burschenschaften (Frankania) und Vertriebenenverbände.

Gegen die am 20. August beginnende Ausstellung rief die NPD/JN bisher über Flugblatt, Internet und Infotelefone auf, zudem gab es eine Anzeige von Roswitha Müller in der „Deutschen Umschau“. Im Vorfeld aktiv geworden ist auch der Verband Deutscher Soldaten (VDA) Münster. Gegen die geplante NPD-Demonstration und Kundgebung mobilisiert inzwischen auch ein Münsteraner „Bündnis gegen Rechts“, das aus dem „Bündnis gegen Sozialabbau“ hervorgegangen ist. In diesem ist ein breites politisches Spektrum von Arbeitsloseninitiative, DGB, GAL Münster, Ausländerbeirat, InfoLäden sowie verschiedenen Gruppen ausländischer Studierender vertreten.

Die MAFIA geht davon aus, dass die NPD/JN eine größere Aktion plant, eine präzise Einschätzung sei aber zur Zeit kaum möglich.

Man gehe nach Gesprächen mit Vertretern der Stadt Münster aber davon aus, dass die NPD/JN für ihre geplante Kundgebung zumindest auf dem Hindenburgplatz keine Genehmigung erhalten werde, möglicherweise werde ihr der Ludgeriplatz als Ausweichort zur Verfügung gestellt.

Breiten Raum nahm die Diskussion ein, in welcher Form der Faschistenaufmarsch am ehesten verhindert werden könne, Einzelheiten hierzu an dieser Stelle aus nachvollziehbaren Gründen natürlich nicht. Das „Bündnis gegen Rechts“ plant im Vorfeld eine Reihe antifaschistischer Aktivitäten wie Dichterlesungen und phantasiereichen Aktionen auf Straßen und Plätzen.

Die anwesenden Vertreter beschlossen, in ganz NRW gegen den Faschistenaufmarsch zu mobilisieren, die MAFIA sagte zu, für das nächste Vorbereitungstreffen einen Plakat- und einen Flugblattentwurf vorzulegen. Weitere örtliche Antifa-Gruppen sollen angesprochen werden.

Infos: Mo.-Fr., 15-18.00

Uhr: 0251/52 11 12  
Münster, 19. September.



## Wehrmacht: Vorbild der Bundeswehr? (Teil V)

Konkreter Anlaß dieser Artikelserie war zunächst die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“, dann der „Sandal“ um den Auftritt des Nazifunktionärs Manfred Roeder vor der Hamburger „Führungsakademie“ der Bundeswehr, in dessen Verlauf mehrere Wochen lang die „rechtsextremen Vorfälle“ in der Bundeswehr öffentlich diskutiert wurden. Plötzlich waren die Diskussionen von einem auf den anderen Tag wieder vom Tisch, ein parlamentarischer „Untersuchungs“ausschuß sorgte mit dafür, daß die Debatte im Sande versickerte. Ich habe in den einzelnen Teilen dieser Artikelserie versucht, den Widerspruch zwischen dem „demokratischen“ und sozialen Anspruch (Stichwort: vorbildlicher Einsatz bei Katastrophen wie dem Oderhochwasser) der Bundeswehr und ihrem tatsächlichen Charakter, zunehmend als Instrument imperialistischer Kriegspolitik eingesetzt zu werden, zum Ausdruck zu bringen. Im hier vorliegenden Teil wird dargestellt, wie die Bundeswehr bisher für zukünftige Einsätze „out of area“ vorbereitet worden ist.

Im „Weißbuch 1994“ schreibt Rühle, die auf 370.000 Soldaten abgespeckte Bundeswehr muß „ein berechenbarer Faktor europäischer Stabilität und internationaler Kooperation“ bleiben. Ihre „künftigen Aufgaben“ sieht er darin, daß sie „gemeinsam mit französischen und anderen europäischen Streitkräften (...) treibende Kraft beim Aufbau einer europäischen Verteidigung“ ist.

„Die Bundeswehr hat in der Zeit des Umbruchs Großartiges geleistet. Sie bewährt sich mit Erfolg in internationalen Friedenseinsätzen. In Kambodscha, im Irak, im ehemaligen Jugoslawien und in Somalia hat sie sich großes Ansehen erworben. Sie kann aber auch stolz auf ihre Leistungen im Einigungsprozeß sein. Als Armee der Einheit ist sie zum Vorbild beim Zusammenwachsen unseres Vaterlandes geworden.“

Bei wem hat sich die Bundeswehr etwa beim „humanitären“ Einsatz in Somalia dieses Ansehen erworben. Sicherlich nicht bei den Somalis, denn dort fand ihr Einsatz im Rahmen einer „Friedensmission“ der UNO

statt, deren Ziel es war, eine Machtübernahme durch General Mohammed Aidid in Mogadischu zu verhindern. Während der noch von Präsident Siad Barre vor seinem Sturz eingesetzte Ministerpräsident Ali Mahdi den Erdölkonzernen der USA Vorrechte bei der Ausbeutung der Ölvorkommen zugesichert hatte, waren die Rebellen unter dem eher an Italien orientierten Aidid dagegen. Es kam wiederholt zu Protesten somalischer Demonstrierender vor allem gegen die Anwesenheit der US-Soldaten; dabei wurden mehrere Somalis erschossen. Als ein pakistanisches Kontingent (Pakistan stellte mit 5000 Soldaten den Löwenanteil an der Operation Restore Hope) des von den USA angeführten 20000 Mann zählenden UNO-Blauhelm-Aufgebots in einen Hinterhalt geriet und 23 Soldaten dabei umkamen, wurde Aidid dafür verantwortlich gemacht und zum Kriminellen abgestempelt. Die Strafexpedition gegen ihn, bei der UNO-Friedenstruppen Teile von Mogadischu bombardierten, verlief allerdings erfolglos. Die stolze Leistung der 1993 in das in die Kämpfe nicht verwickelte Belet

Huen entsandten 1640 Bundeswehrsoldaten bestand darin, für die Somalis, deren Territorium sie damals besetzt hielten, 3 Brunnen gebaut zu haben. Wer auch nur einigermaßen rechnen kann, wird das für eine Riesenverschwendung erklären, es sei denn daß in Wirklichkeit ganz andere Interessen verfolgt wurden, die mit dem Wohlergehen der somalischen Bevölkerung herzlich wenig zu tun hatten.

Die stolze Leistung im Golfkrieg 1991 gegen den Irak: Die Bundeswehr hatte eigene Kontingente sowie einige Alpha-Jet-Flugzeuge in Nordkurdistan stationiert, und die kurdische Bevölkerung hatte Angst davor, es nicht nur mit dem türkischen Staat zu tun zu haben, sondern womöglich auch gegen deutsche Soldaten kämpfen zu müssen. Die ARGK (= Volksbefreiungsarmee Kurdistans) hatte den deutschen Soldaten damals auch eine Warnung zukommen lassen, daß ihre Anwesenheit in ihrem Operationsgebiet keineswegs als friedlich angesehen wurde und sie in militärische Auseinandersetzungen bei einem Konflikt verwickelt werden könnten, dessen Hintergründe sie

nicht verstanden. Später fanden dann wiederholt Bundeswehr-Manöver in diesen Gebieten statt, und kurdische Dorfbewohner wußten bei den anfliegenden Maschinen oftmals nicht, ob es sich um türkische Flugzeuge handelte, die ihre Dörfer unter Beschuß nahmen, oder „nur“ um deutsche, die Bomben zu Übungszwecken in die Landschaft warfen. Sollte diese Tätigkeit der Bundeswehr etwa bei der kurdischen und türkischen Bevölkerung Ansehen verschafft haben? Den türkischen Militärs dagegen war die deutsche Präsenz durchaus willkommen.

### Exkurs: Golfkrieg II (1991)

In den Krieg gegen den Irak 1991 griff die Bundeswehr nicht ein, dafür aber der deutsche Steuerzahler. Die 17 Milliarden DM Beitrag zu dem Überfall der USA und ihrer Alliierten auf dem Irak, die die deutsche Erwerbsbevölkerung unfreiwillig an Steuern geleistet hat, wurden von den US-Imperialisten gewiß gern gesehen. Damals hatten sich noch 33 Staaten von der durch eine Werbeagentur weltweit verbreiteten

Mär über einen Massenmord an mehreren hundert kuwaitischen Säuglingen, die angeblich durch irakische Soldaten aus Brutkästen in den Krankenhäusern von Kuwait gerissen wurden, zur Beteiligung überreden lassen. Als „Augenzeugin“ wurde eine 15jährige Diplomantochter ins Medienfeld geschickt, die mit ihren Tränen „das Herz des Präsidenten **George Bush** erweichte“, der daraufhin alles weitere seinem General **Norman Schwarzkopf** anvertraute. Ja diese Werbeagentur schlug sogar die Kriegsziele vor, die man der Öffentlichkeit am besten „verkaufen“ konnte. „Vergessen“ wurde, daß General Schwarzkopf, der auch über ausgezeichnete Verbindungen zu Rüstungskonzernen verfügte, schon Jahre zuvor den Irak als geeignetes Testgelände für das Ausprobieren neuer amerikanischer Waffensysteme erklärt hatte.

Der Krieg wurde nach dem bereits unter der Präsident **Jimmy Carter** für dieses Gebiet ausgearbeiteten, um eine Vertei-

gung Saudi-Arabiens erweiterten **Plan 90-1002** vorbereitet, der 1990 für eine Besetzung der Erdölgebiete durch amerikanische Truppen ausgearbeitet worden war. Um einen plausiblen Grund zu finden, war der Irak durch die amerikanische Botschafterin **April Glaspie** geradezu zu einer Invasion von Kuwait, das zuvor durch seine massive Steigerung der Ölförderung den wirtschaftlichen Ruin des durch den Krieg gegen den Iran ausgepowerten Irak vorangetrieben hatte, eingeladen worden.

Nicht zuletzt Propagandafeldzüge wie der Brutkästenfeldzug oder auch die unsägliche, in zig Varianten im Fernsehen für die Tierfreunde wiederholte Bildgeschichte von dem Kormoran, der angeblich in der (nicht nur, aber auch) von Saddam Hussein inszenierten Ölpest am Gold zugrunde geht, in Wirklichkeit jedoch in Laborgelände für Filmzwecke so zugerichtet worden war, hatten zur Folge, daß diesmal die USA und Großbritannien allein dastehen. Wer einmal

**HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH**  
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum  
 Tel. 0234/ 450590  
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau  
 BIOLAND-Getreide  
 Eigene Mühle

Informationen  
 Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

**SONNENBLUME**  
 NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF  
 45657 RECKLINGHAUSEN  
 TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte  
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei  
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte  
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel  
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> u. 15<sup>00</sup> - 18<sup>00</sup> Uhr  
 Sa. 9<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> Uhr

lügt ...

Die militärische Kooperation vor allem mit Frankreich und die Out-of-area-Einsätze stehen im Vordergrund der Betrachtung durch Rühle. Wichtig ist ihm das Ansehen der Bundeswehr bei den anderen imperialistischen Mächten des Westens, die sich an „friedlichen“ Einsätzen überall auf der Welt beteiligen. Für diese soll die Bundeswehr „berechenbar“ sein. Dazu heißt es im „Weißbuch“:

„710. Die Vereinten Nationen waren in der Zeit der Ost-West-Konfrontation in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Ihre friedensstiftende Funktion kam über bescheidene Ansätze nicht hinaus. **Heute stellen Hunger, Not, Flüchtlingselend, Gewalt und Krieg in vielen Teilen der Welt die Vereinten Nationen vor neue Herausforderungen.** Nach Ende des Kalten Krieges eröffnet sich jedoch den Vereinten Nationen auch eine **neue Chance, diesen Gefährdungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wirksam zu begegnen. Dabei ist auch der Dienst der Soldaten gefragt.** Die Menschenwürde, deren Schutz den Kern des soldatischen Dienstes ausmacht, kann nicht nur national geschützt und verteidigt werden.“

Und wenig später heißt es:

„714. *In unserer parlamentarischen Demokratie kann der Soldat darauf vertrauen, daß die Entscheidungen der Exekutive rechtmäßig sind, öffentlich kontrolliert werden und gerichtlich überprüft werden können. Die Befehle seiner Vorgesetzten sind an Recht und Gesetz gebunden. Der Soldat kann daher sicher sein, daß er nach eingehender gewissenhafter Güterabwägung und auf gesicherter rechtlicher Grundlage eingesetzt wird. (...) Kampfeinsatz bleibt die 'Ultima ratio'. Furcht und Gefahr für Leib und Leben dürfen den Sol-*

*daten aber nicht davon abhalten, seine Pflichten zu erfüllen. Dies gilt im Frieden wie im Krieg, gilt für die Verteidigung Deutschlands und der Bündnispartner sowie für Friedensmissionen der Vereinten Nationen und humanitäre Einsätze.“*

Wie obige Beispiele aus der Praxis zeigen, ging es dabei um alles andere als um die Bekämpfung von Hunger und Elend in der Welt. Dahinter steckt vielmehr der Anspruch einer Armee, die an einer Weltgendarmenrolle mitwirken will. Es ist unter anderem der Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO.

Heute arbeitet Deutschland noch im Rahmen von UNO - etwa bei der Internationalen Polizeitruppe (IPTF) - und NATO - etwa im Rahmen der Stabilisierungskräfte (SFOR) - in Bosnien (und anderswo) - trotz unterschiedlicher Zielvorstellungen für das besetzte Territorium eng mit westlichen Bündnispartnern zusammen. Und da will man mit Leuten, die einen **bornierten Faschismus von gestern** verfechten, nicht unangenehm auffallen.

Der faschistische Geist wird aber nicht durch ein paar sich vielleicht etwas wilder gebärdende NPD-Funktionäre in die Bundeswehr erst hineingetragen, er ist auch ohne sie da. **Der alltägliche Faschismus in ihren Reihen, der Militarismus, ist nichts anderes als eine geistige Widerspiegelung des von Anbeginn an gegen alle demokratischen Ansprüche durchgesetzten Fundaments der Bundeswehr.** Den durch das auch in den Soldatengesetzen festgeschriebene „besondere Gewaltverhältnis des Soldatentums“ geprägten ideologischen Überbau beseitigen wollen kann daher nichts anderes heißen als dieses Fundament beseitigen, mit anderen Worten: die Bundeswehr abschaffen. Eine Al-

ternative dazu gibt es nicht.

Auch die Bündnispartner, in deren Reigen die Bundeswehr zur Zeit auf dem Balkan „die deutschen militärischen Interessen nach außen“ vertritt, räumen allesamt ihren jeweils eigenen Weltmarkteroberungsplänen Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Dies geschieht derzeit noch, indem man sich, angeblich um „Frieden zu schaffen“, Polizeibefugnis über das besetzte Territorium anmaßt, die mit Waffengewalt durchgesetzt werden muß. Der angestrebte Friede ist nicht der der Völker, deren Land man besetzt, sondern ein Diktatfrieden im Interesse und unter der Knute der Besatzer. Und diese suchen sich ihre Agenten innerhalb des besetzten Territoriums nach ihren Maßstäben aus. Folglich profitieren auch die Besatzer am meisten davon, während die Völker fast wie in alter Kolonialherrenmanier als zu unreif, sich selbst zu regieren, behandelt werden.

**Die über den UNO-Sicherheitsrat unter Ausschaltung der übrigen UNO-Mitgliedsstaaten selbstgenehmigte NATO-Machtausweitung durch „operatives“ Vortasten in politisch zuvor durch eigenes Mitwirken destabilisierte Gebiete, die man nun stabilisieren müsse, ist eben die derzeitige Form des „gerechten Krieges“ nach römischem Vorbild, die verschiedenen Ethnien im Operationsraum entsprechen den verschiedenen Gallierstämmen, bei deren Auseinandersetzungen Cäsar sein Machtwort sprach.** Und dabei zählt - wie es dereinst Väterchen Franz in seinem Song „Progressiv dynamisch“ benannte - „Leistung, Leistung und nochmals Leistung“

KD

## „Aufstehen für eine andere Politik“ Großdemonstration am 20. Juni in Berlin

**Rund 50.000 Menschen kamen nach Berlin, um gegen die in diesem Lande herrschenden Zustände zu demonstrieren: der überwiegende Teil kam aus den neuen Bundesländern.**

Von drei Auftaktkundgebungen aus bewegten sich Marschsäulen zum Alexander-

priesen werden) und zunehmende Arbeitshetze für die, die das „Glück“ haben, von Kohl, Blüm und Konsorten als „Arbeitsplatzbesitzer“ bezeichnet zu werden.

Man sah zahlreiche Fahnen von Gewerkschaften sowie den Parteien PDS und DKP und sogar eine einsame SPD-Fahne. Auch kirchliche Gruppen hatten mobilisiert.

stürzt. Zentrale Aufgabe einer anderen Politik solle eine „gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter“ sein, und das könne nur mit einer neuen Regierung geschehen. Beschworren wird die außerparlamentarische Bewegung von 1968 in Westdeutschland und der Geist des November 1989, der mit so großen Hoffnungen verbunden war.

Zwar wurde vielfach der hier herrschenden Wirtschaft der Vorwurf gemacht, daß in ihr nicht der Mensch, sondern der Profit bestimmt und sie in dessen Namen immer mehr Menschen überflüssig macht, jedoch der Gedanke, daß eigentlich dieser Kapitalismus selbst überflüssig ist, wurde nur am Rande artikuliert.

Auch wenn in den Köpfen vieler Teilnehmer noch Illusionen über die Möglichkeiten einer Reformierung des Kapitalismus bestehen, war die Haupttendenz, nicht auf die Regierenden zu vertrauen, sondern sich um die eigenen Angelegenheiten selbst zu kümmern.

Auf Transparenten und in Redebeiträgen wurde gefordert: „Arbeit, Wohnung und gleiche Rechte für alle“ (DIDF), „Menschenrechte auch für Ostdeutsche“ (Verein für Bürgerrechte).

Im Unterschied zur am selben Tag mit polizeilicher Unterstützung versteckt vor den Antifaschisten in Berlin-Unterschönhausen stattfindenden NPD-Demonstration (rund 500 Mann) fand diese Großdemonstration ein bescheidenes Presseecho.

KD



platz, um gegen die rasante Umverteilung von unten nach oben zu protestieren: einerseits eine Staatsverschuldung von über 2 Billionen Mark (jede 4. Mark geht allein für Bankzinsen der staatlichen Schulden drauf), Rekordgewinne bei deutschen Großunternehmen und Banken, ein ständig kletternder deutscher Aktienkurs, andererseits eine Kahlschlagpolitik, bei der ganze Regionen der Verelendung preisgegeben sind, steigende Arbeitslosigkeit (auch wenn leichte konjunkturelle Schwankungen gelegentlich von Regierungsseite als beginnender Aufschwung ange-

Die Initiative zur Demonstration war von einem Kreis ausgegangen, der sich um die „Erfurter Erklärung“ geschart hatte, die sich auf den Satz „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ (Grundgesetz-Artikel 14.2) stützt und daran die Parteien mißt, die sich auf einen „Macht“wechsel in Bonn vorbereiten.

Angeprangert wurde eine bloß formale Vereinigung Deutschlands, dessen Regierungspolitik die Massen in einen Zustand gnadenloser Ungerechtigkeit und fehlender Perspektive

## KURZNACHRICHTEN

### PKK-Gefangene im Hungerstreik Elazig, Türkei, 25.6.1998

Aus Protest gegen ihre Verlegung aus dem Gefängnis in Urfa in das E-Typ Gefängnis von Elazig begannen 20 PKK-Gefangene einen Hungerstreik, der nunmehr über einen Monat andauert. Weil der Gesundheitszustand von vier Gefangenen bedrohlich ist, wurden sie am 19.6. ins Krankenhaus verlegt. Vor dem Gefängnis in Elazig stehen vier Ambulanzwagen bereit. Die Familienangehörigen der Gefangenen erklärten, die heutige Situation in den Gefängnissen sei vergleichbar mit der in der Zeit nach dem Putsch vom 12. September 1980. Die Familienangehörigen appellierten an alle Menschen, denen die Menschenrechte ein ernsthaftes Anliegen sind, Delegationen in die Gefängnisse zu entsenden, um die internationale Öffentlichkeit über die dortigen Zustände aufzuklären. (aus: KIZ, 21.6.1998)

### Konferenz der in den GUS-Staaten lebenden Kurden

Vor drei Monaten hat die russische Regierung ebenso wie die Duma (das russische Parlament) den in Rußland lebenden Kurden den Status der kulturellen Eigenständigkeit zuerkannt. Jetzt fand der 3. Kongreß der Föderation der in den GUS-Staaten lebenden Kurden in einem 270 km nördlich von Moskau gelegenen kurdischen Dorf statt.

Hundert Delegierte, gewählt von den Kurden, die heute in Rußland, Kasachstan, Kirgisien, Aserbeidschan, Georgien, Armenien und in der Ukraine leben, berieten gemeinsam mit dem aus zwölf Personen bestehenden Vorstand darüber, wie die kulturelle Eigenständigkeit, die in Rußland garantiert wird, weiterentwickelt, mit Leben erfüllt und auf die anderen Länder der ehemaligen Sowjetunion, in denen ebenfalls große Gruppen von Kurden leben, ausgedehnt werden kann.

Der Kongreß fand unter Beteiligung von Vertretern der russischen Regierung und der Duma statt, die ihre Solidarität mit dem kurdischen Volk erklärten. (aus: Özgür Politika, 1.7.1998)

### Schid nemirim ! Sema Yüce gestorben !

Am Newroz-Tag, dem 21. März 1998, hatte sich im Gefängnis von Canakkale, Türkei, die wegen Zugehörigkeit zur PKK verurteilte Sema Yüce aus Protest gegen die Politik des türkischen Staates selbst angezündet.

Am 17. Juni 1998 ist sie im Gefängnis-Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlegen. Sie wurde zur Märtyrerin, indem sie in der Tradition von Mazlum Dogan, Zeynep Kinaci (Zilan) und vielen anderen Gefallenen ein Fanal des Widerstandes setzte. (aus: JEK-KOM Bülteni Nr. 25, 2.7.1998)

### IHD-Bericht Mai 1998

Der Menschenrechtsverein IHD gibt für den Monat Mai folgende Menschenrechtsverletzungen in der Türkei bekannt:

21 Personen wurden Opfer von Morden „unbekannter Täter“; 10 Personen starben in Polizeihaft durch Folter bzw. Liquidierung; es wurden 28 Folterfälle registriert (die Dunkelziffer ist immer sehr hoch), und 5 Menschen gelten als aus der Polizeihaft „verschwunden“. 156 Fälle von Bedrohung und Angriffen auf Zivilisten wurden registriert, dabei starben 6 Menschen und 11 Personen wurden verletzt. 189 Menschen starben bei militärischen Gefechten. 3248 Personen wurden ohne Haftbefehl vorübergehend festgenommen, davon blieben 185 in Haft. Bei Angriffen auf Gefangene wurden 31 Personen verletzt. 115 Menschen verloren aufgrund von Repressionen im Betrieb ihren Arbeitsplatz. 18 Bombenanschläge wurden registriert. In 7 Fällen wurden Organisationen wie Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Publikationshäuser verboten; bei entsprechenden Organisationen wurden 9 Razzien durchgeführt. 25 Publikationen wurden beschlagnahmt. Wegen „Meinungsschuld“ befinden sich zur Zeit 133 Personen in Haft. (aus: KIZ, 21.6.1998, leicht gekürzt)

### Polizei löst Treffen von Rechtsextremen auf Dresden, 19.6.1998

Ein Treffen von 250 Rechtsextremen im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden ist am 27. Juni 1998 abends von der Polizei aufgelöst worden. Das Treffen

war als „währungspolitische“ Veranstaltung unter dem Motto „Einführung in den Euro“ angemeldet worden. Als der Museumsdirektor merkte, dass die Veranstaltung einen rechtsradikalen Inhalt hatte, kündigte er den zwischen seinem Haus und dem Veranstalter geschlossenen Mietvertrag mit sofortiger Wirkung und forderte die Teilnehmer auf, das Gebäude zu verlassen.

Als diese sich weigerten, räumten 60 Polizisten den Raum. (aus: taz, 29.6.1998)

**Jugendliche wissen wenig über die Nazizeit  
Hamburg, 2.7.1998**

Bei deutschen Jugendlichen klafft eine große Lücke im Wissen über die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Aus einer Umfrage im Auftrag der Woche geht hervor, dass 59 Prozent der 14-18-jährigen nicht wussten, was in der „Reichskristallnacht“ geschah, in der die Nazis mit direkten Gewaltaktionen eine neue Dimension der organisierten Judenverfolgung einleiteten. Nur 29 Prozent von insgesamt 506 befragten Jugendlichen konnten die Zahl der in den KZs ermordeten Juden einigermaßen richtig nennen. (aus: taz, 2.7.1998)

**„Fans raus !?“  
Fan-Kultur im Würgegriff  
3. Bundesweiter Fan-Kongress**

Im Juli des vergangenen Jahres trafen sich 300 Fußball-Fans von über 50 Vereinen zum 2. Bundesweiten Fan-Kongress des Bündnisses Aktiver Fußball-Fans. Ein Motto des Wochenendes war: „Vier Wochen lang WM - ein Leben lang sitzen! WM frißt Stehplätze!“ Drei Jahre zuvor hatten

bereits 150 Fans aus mehreren Ländern am 1. Fan-Kongress in Düsseldorf teilgenommen. Der Kongress 1998 findet erneut im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick statt. Es wird neben dem Programm (siehe unten) auch wieder Büchertische von verschiedenen Verlagen geben.

Der Unkostenbeitrag für Unterbringung und Verpflegung beträgt in diesem Jahr 40 Mark für das Wochenende. Es stehen etwa 200 Betten und ausreichend Zeltplätze zur Verfügung. Die Betten werden nach der Reihenfolge der eingehenden Zahlungen vergeben. Ihr erhaltet im Vorfeld des Kon-

**Was die CSU wirklich meint:  
Der Ausländer, teils eher hoch willkommen  
Bonn/München, 2.7.1998**

Den Vorstoß des stellvertretenden CSU-Generalsekretärs zur Einführung einer Zweiklassenbehandlung von Ausländern hat Guido Westerwelle gekontert. Der FDP-Generalsekretär sagte, Hermanns Vorschlag sei „von keinerlei Sachkenntnis getrübt“. Der CSU-Mann betonte, es gehe ihm nicht etwa um Diskriminierung. Ziel sei die Schaffung angenehmerer Bedingungen für hochspezialisierte Fachkräfte aus dem Ausland. Der CSU-Sprecher hatte angeregt, in den Ausländerämtern künftig zwischen „hoch willkommenen und eher unerwünschten Leuten“ zu unterscheiden. Das habe er so gemeint: In kommunalen Behörden solle eine „spezialisierte Sachbearbeitung“ eingerichtet werden für EU-Bürger und ausländische Arbeitskräfte, die mit festen Arbeitsverträgen gekommen seien. Ähnliches sei in den USA weit verbreitet. Beispielsweise gebe es dort eine Vorzugsbehandlung für Studenten aus asiatischen Ländern, sagte der CSU-Politiker. (aus: taz, 4.7.1998)

**Neues zu Symanek  
Mülheim/Ruhr, 1.7.1998**

Der Nazi-Verleger (Unabhängige Nachrichten, VAWS) und Autor („Deutschland muss vernichtet werden“) Werner Symanek konnte aufgrund öffentlichen Drucks dazu bewegt werden, aus seinen beiden Appartements in der Moränenstraße in Mülheim/Ruhr auszuziehen. Beide Appartements sind offensichtlich leer, und die Vermietungsgesellschaft bestätigte auf Nachfrage, dass der Mietvertrag im „gegenseitigen Einvernehmen“ aufgelöst worden sei.

Symanek habe sich, so ein Vertreter der Vermietungsgesellschaft, aufgrund öffentlichen Drucks sowie sanfter Drohung, ihn wegen der (gewerblichen) Zweckentfremdung von Wohnraum Ärger zu machen, zu diesem Schritt entschlossen.

Allerdings ist sein Verlags-Anrufbeantworter, der vermutlich an einem Anschluss in dem größeren der beiden Appartements eingestöpselt war, immer noch unter der gewohnten Telefonnummer zu erreichen.

Die Recherche geht weiter. (aus: Zündstoff (news), Nr. 1/98)

gresses eine Anmeldebestätigung und eine Wegbeschreibung. Es wäre schön, wenn Ihr wieder Transparente von Euren Fanclubs oder Fanzines mitbringt, um dem Kongress einen ansprechenden Rahmen zu verpassen.

**Programm:**  
**Freitag:** Abendessen, Eröffnung, Filmmacht, Konzert.  
**Samstag:** Frühstück, Begrüßung, Podiumsdiskussion, Mittagessen, verschiedene Arbeitsgruppen, Workshops,

Abendessen, Lesungen aus Fanzines, B.A.F.F.-Konzert mit mehreren Bands, Disko und Party.  
**Sonntag:** Frühstück, Plenum und Auswertung, Presse-Konferenz, Mittagessen.

**Kontakt und Anmeldung:** Bündnis Aktiver Fußball-Fans, Postfach 260 112, 40094 Düsseldorf

**Miet-Frey wohnen  
 Berlin, 23.6.1998**

Mit ungewöhnlichen Mitteln bekämpfen Berliner Frey-Mieter den Chef der rechtsextremen DVU: Weil sie mit ihren Mietzahlungen nicht den Wahlkampf von Gerhard Frey mitfinanzieren wollen, ruft eine Initiative dazu auf, bis zur Bundestagswahl die Miete um 30 Prozent zu mindern. (aus: taz, 23.6.1998)

**4000 gegen Rechts in  
 Saarbrücken: "Reps" und  
 Vlaams Blok schwächlich  
 Saarbrücken, 2.6.1998**

Rund 4000 Menschen aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg haben am 30.5.1998 in Saarbrücken gegen eine Anti-Euro-Kundgebung von etwa 400 Rechtsradikalen demonstriert. Anschließend versammelten sich noch einmal 2000 Menschen zu einer weiteren Gegendemonstration nahe der deutsch-französischen Grenze, bei der es am Rande zu Auseinandersetzungen zwischen einigen Antifas und rechten Demonstranten kam. Die Demonstration richtete sich gegen eine



**Entschärft gekürzt: Bunderat billigt das geänderte  
 Asylbewerberleistungsgesetz  
 Bonn, 26.6.1998**

Der Bundestag hat mit großer Mehrheit Leistungskürzungen für bestimmte ausreisepflichtige Ausländergruppen beschlossen. Am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause stimmten 472 Abgeordnete von Koalition und SPD für die veränderte Fassung des umstrittenen Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Neuregelung schränkt Sozialleistungen erheb-

lich ein für Ausländer, die nach Deutschland eingereist sind, „um hier Sozialleistungen zu beziehen“, und für jene, die „ihre Ausreise verhindern, indem sie falsche Angaben zur Identität machen oder ihre Ausweispapiere vernichten“. Nach Schätzung der FDP sind von der Regelung rund 20 000 Menschen betroffen. (aus: taz, 26.6.1998)

**Türkei setzt sich in Kurdenfrage durch  
 Straßburg, 26.6.1998**

Die Türkei hat im Europarat nach heftigem Streit über die Situation der kurdischen Bevölkerung einen politischen Sieg errungen. Mit einer Mehrheit konservativer Parlamentarier gelang es den türkischen Volksvertretern in Straßburg, eine Entschlie-ßung über humanitäre Hilfe für verfolgte Kurden in der Türkei in entscheidenden Passagen abzuschwächen. Ihr Versuch, der kurdischen Bevölkerung in der

Türkei zu helfen, sei völlig fehlgeschlagen, sagte die Bericht-steratterin der Versammlung. Als wichtigster Punkt wurde die For-derung nach einer internationalen Konferenz über die Kurdenfrage gestrichen, ebenso der von Ankara nicht akzeptierte Begriff „Kurde“ und die Aufforderung an die Türkei, Militäreinsätze gegen die kurdische Zivilbevöl-kerung einzustellen. (aus: taz, 26.6.1998)

Kundgebung der rechtsradikalen deutschen Republikaner und des belgischen Vlaams Blok. Der rechtsradikale Front National von Jean Marie Le Pen hatte seine Teilnahme kurzfristig abgesagt. (aus: taz, 2.6.1998)

**Demonstration zum 5.  
 Jahrestag des Solinger  
 Brandanschlags  
 Solingen, 2.6.1998**

Gegen rechte Gewalt in Deutschland gingen am

30.5.1998 in Solingen rund 1000 Menschen auf die Straße. Anlaß des Protestes war der fünfte Jahrestag des Brandanschlags, durch den an Pfingsten 1993 in Solingen fünf türkische Mädchen und Frauen getötet worden waren. (aus: taz, 2.6.1998)

**Sakic noch in Argentinien  
Früherer KZ-Chef wartet auf  
Auslieferung  
Buenos Aires, 25.5.1998**

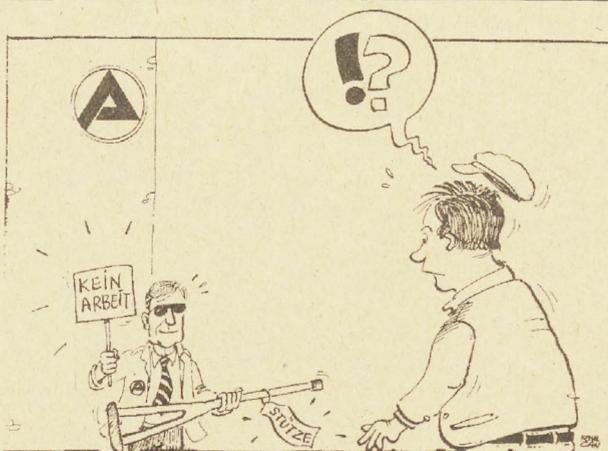
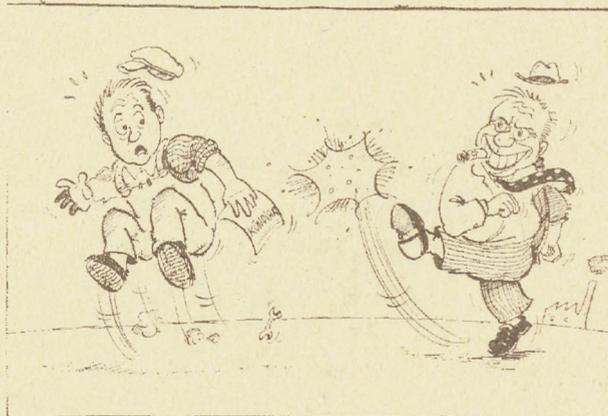
Der kroatische Kriegsverbrecher Dinko Sakic wartet in Argentinien weiter auf seine Auslieferung nach Kroatien. Zwar hatte die Regierung der Auslieferung zugestimmt und Präsident Menem das Auslieferungsdekret unterzeichnet, doch fehlen noch immer Dokumente, die für die Auslieferung nötig sind. Erst wenn alle Papiere komplett sind, können kroatische Polizisten Sakic von Buenos Aires nach Kroatien bringen. Die kroatische Botschaft in Buenos Aires erklärte, dass es sich dabei um ein normales bürokratisches Verfahren handle. Die Bundesrepublik Jugoslawien hat ebenfalls einen Auslieferungsantrag gestellt, der die Entscheidung über Sakics Auslieferung an Kroatien allerdings kaum rückgängig machen kann. Im argentinischen Außenministerium wird ständig bekundet, dass man Sakic so schnell wie möglich ausliefern wolle. Der heute 74jährige war während des faschistischen Ustascha-Regimes in Kroatien zwischen 1941 und 1944 Kommandant der Konzentrationslager Jasenovac und Stara Gradiska. In Jasenovac ermordeten die Verbündeten von Nazideutschland 500 000 Serben, Juden und Roma. (aus: taz, 25.5.1998)

**Bundestag hebt Nazi-Unrechtsurteile auf:  
Betroffene werden nicht entschädigt  
Bonn, 3.6.1998**

Über 53 Jahre nach Kriegsende werden alle Nazi-Unrechtsurteile formal aufgehoben. Mit großer Mehrheit verabschiedete der Bundestag am 28.5.1998 nach jahrelangem Streit ein Gesetz, mit dem mehrere hunderttausend Opfer der Nazi-Justiz rehabilitiert werden. Dazu gehören auch Deserteure, Homosexuelle und Zwangssterilisierte. Noch lebende Verurteilte oder Angehörige erhalten mit der pauschalen Aufhebung keinen Entschädigungsanspruch. Dies wird damit begründet, dass die Wiedergutmachung von NS-Unrecht bereits in früheren Gesetzen ausreichend geregelt sei. NS-Opferverbände sprachen von einer halbherzigen und verspäteten Lösung. Sie kritisierten die bisherige Entschädigungspraxis. (aus: taz, 31.5.1998)

**Anschlag auf Menschenrechtler Birdal geklärt  
Ankara, 25.5.1998**

Der bewaffnete Anschlag auf den türkischen Menschenrechtler Akin Birdal am 12. Mai 1998 in Ankara ist offenbar aufgeklärt. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD identifizierte nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu seine Attentäter in der Hauptstadt ohne jeden Zweifel. Vor Birdal hätten bereits IHD-Mitarbeiter die beiden Täter aus dem Spektrum der „Grauen Wölfe“ einwandfrei erkannt. (aus: taz, 25.5.1998)



# THE GERMANS TO THE FRONT!

